

# Kurzschriftlicher Bericht

## 10. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 7. Juli 2004

---

### Inhalt:

#### **Trauerkundgebung**

**Verlesung und Zuweisung des Einganges** (Seite 5)

#### **Dringlichkeitsanträge:**

Beilage 252/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2004).

Beilage 253/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird.

Beilage 255/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004.

Beilage 265/2004: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2004).

#### **Geschäftsantrag:**

Geschäftsantrag betreffend Absetzung der Beilage 250/2004 von der Tagesordnung.

Redner: Abg. Trübswasser (Seite 7)

#### **Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 247/2004: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2003.

Berichterstatter: Abg. Weinberger (Seite 7)

Beilage 248/2004: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2003 des Landes OÖ".

Berichterstatter: Abg. Weinberger (Seite 8)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 247 und 248/2004:

Redner/innen: Abg. Kapeller (Seite 8)

Abg. Dr. Brunmair (Seite 9)

Abg. Trübswasser (Seite 11)

Abg. Lackner-Strauss (Seite 12)

Abg. Weinberger (Seite 13)

Abg. Winterauer (Seite 14)

Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 15)

Beilage 249/2003: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2003.

Berichterstatter: Abg. Ecker (Seite 19)

Redner/innen: Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 20)

Abg. Ecker (Seite 21)

Abg. Wageneder (Seite 22)

Abg. Mag. Steinkellner (Seite 23)

Abg. Brunner (Seite 24)

Abg. Hingsamer (Seite 26)

Landesrat Dr. Stockinger (Seite 28)

Beilage 252/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2004).

Berichterstatter: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 33)

Beilage 253/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird.

Berichterstatter: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 33)

Beilage 255/2004: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004.

Berichterstatter: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 33)

Beilage 265/2004: Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2004).

Berichterstatter: Abg. Dr. Frais (Seite 34)

**Vorsitz:** Erste Präsidentin Orthner  
Zweite Präsidentin Weichsler

**Schriftführer:** Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt die Abgeordneten Ing. Aspöck, Lischka und Makor-Winkelbauer

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtschriftführer: HR Dr. Hörmanseder

(Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr)

**Erste Präsidentin:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und bitte Sie, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben.

Österreich und seine Menschen trauern. Wir haben unseren Herrn Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil verloren. Seit seinem Zusammenbruch am Montag wussten wir zwar um seine lebensbedrohende Krankheit. Trotzdem ist es ein unerwarteter Tod und er ist schmerzlich für uns. Wir sind traurig und betroffen. Kurz vor Mitternacht, am vorletzten Tag seiner zwölfjährigen Amtszeit, ist Bundespräsident Dr. Thomas Klestil verstorben. Wenige Stunden zuvor haben hunderte Menschen für ihn im Wiener Stephansdom gebetet.

Doch es war ihm nicht vergönnt, das Ende seiner Amtszeit zu erleben. Nur vom Bundesheer, dessen oberster Befehlshaber er gewesen ist, konnte sich Dr. Klestil selber verabschieden. Seine Verabschiedung durch die Bundesversammlung und die Angelobung seines Nachfolgers, Herrn Dr. Heinz Fischer, waren für morgen Donnerstag geplant. Dr. Thomas Klestil war es nicht mehr vergönnt, beides mitzuerleben.

Wir sind tief betroffen über seinen Tod. Unsere erste Anteilnahme gilt in diesen Stunden seiner Familie, ihr und allen, die ihm nahegestanden sind, gilt unser Mitgefühl. Bundespräsident Dr. Thomas Klestil stammte aus einer Wiener Familie. Er hatte an der Hochschule für Welt- und Wirtschaftswissenschaften studiert und ist danach in den diplomatischen Dienst eingetreten. Die wichtigsten Stationen in seinem beruflichen Leben hat er in den Vereinigten Staaten absolviert. Er war Botschafter unseres Landes bei den Vereinten Nationen und in den USA, bevor er 1987 Generalsekretär des Außenministeriums in Wien wurde. 1992 wurde Dr. Thomas Klestil zum österreichischen Staatsoberhaupt gewählt. 1998 wurde er von der Bevölkerung wiederum in dieser Funktion bestätigt.

Als Bundespräsident war er der erste Botschafter unseres Landes und ein Brückenbauer zu anderen Staaten. Dr. Thomas Klestil hat in den zwölf Jahren seiner Amtszeit 130 Auslandsbesuche absolviert und 500 Staatsgäste in Österreich empfangen. Dabei verstand er sich neben den politischen Gesprächen und Kontakten immer auch als Brückenbauer und Verbindler für die Wirtschaft. Sein Bemühen war es, Österreich durch große Weltoffenheit durch die Herausforderungen und Chancen seiner Amtszeit zu führen. Dr. Klestil hat sich verantwortungsvoll in den Dienst unseres Heimatlandes und seiner Menschen gestellt.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union war das bestimmende Thema in den ersten Jahren seiner Amtszeit. Thomas Klestil war ein überzeugter Europäer. Besuche bei unseren europäischen Nachbarn, den europäischen Institutionen und den damals noch jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa prägten seine Amtszeit. Auf die Initiative von Dr. Thomas Klestil gehen die seit 1993 jährlich stattfindenden Treffen der zentraleuropäischen Staatsoberhäupter zurück.

Daneben bemühte sich Dr. Klestil vor allem um Intensivierung der Beziehungen Österreichs in den Nahen Osten und nach Asien. Er hat als erstes österreichisches Staatsoberhaupt eine Rede vor der Knesset, dem israelischen Parlament, gehalten und auch damit einen wichtigen Schritt in unseren Beziehungen zu Israel gesetzt.

Thomas Klestil war auch ein Förderer und Freund Oberösterreichs. Er hat unser Land immer wieder besucht. Es waren viele Anlässe, die ihn nach Oberösterreich geführt haben. Kultu

relle, wie die Eröffnung des Linzer Brucknerfestes zum Beispiel oder viele wirtschaftliche, die Eröffnung von Wirtschaftsmessen. In besonderer Erinnerung bleibt uns sein Besuch während des großen Hochwassers. Er hat den Menschen Trost gespendet und ihnen sein Mitfühlen in einer sehr schwierigen Situation persönlich ausgedrückt. Mit seiner intensiven Anteilnahme an der Entwicklung unseres Landes hat er Orientierung gegeben.

Nach seiner Wiederwahl am 19. April 1998 unterstützte Dr. Klestil die Vorbereitungen zur EU-Erweiterung. Die Stabilisierung auf dem Balkan und die Verstärkung österreichischer Handelsbeziehungen mit dem arabischen Raum, mit Russland, mit Japan, mit China waren weitere Schwerpunkte seiner Arbeit.

Morgen, Donnerstag, wollte Dr. Thomas Klestil sein Amt offiziell an seinen Nachfolger Dr. Heinz Fischer übergeben. Er hat sich auf diese Amtsübergabe mit großem Einsatz vorbereitet und wollte auch selbst noch die Bilanz seiner zwölfjährigen Arbeit für unsere Heimat ziehen. Es war ihm nicht mehr vergönnt. Die Anstrengungen, die er sich zugemutet hat, waren zu viel für seine Gesundheit, die seit Jahren angegriffen war.

Österreich blickt mit Respekt auf die große Lebensleistung eines Mannes, der sich nicht geschont hat und der bis zuletzt für Österreich mit ganzer Kraft gearbeitet hat. Wir sind betroffen über den Tod von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil und trauern mit seiner Familie.

Noch heute Vormittag wird sein Sarg in der Hofburg aufgebahrt, damit die Österreicherinnen und Österreicher von ihm persönlich Abschied nehmen können. Bereits jetzt legen viele Menschen an der Hofburg Blumen nieder und entzünden Kerzen im Gedenken an Dr. Thomas Klestil. Die Bundesversammlung wird seiner morgen, am Donnerstag, gedenken. Das Staatsbegräbnis für Herrn Dr. Thomas Klestil wird am Samstag stattfinden.

Österreich hat eine große Persönlichkeit und einen überzeugten Österreicher und Europäer verloren. Das Bundesland Oberösterreich wird seiner stets in Ehren gedenken. (Trauermminute) Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gedenken an unseren verstorbenen Herrn Bundespräsidenten hat die Obmännerkonferenz heute einstimmig eine Änderung des Ablaufes der heutigen Sitzung beschlossen. Es wird keine Fragestunde stattfinden. Die Dame und die Herren Regierungsmitglieder ersuche ich, dass sie die Anfragen schriftlich beantworten mit der Bitte, das noch vor dem Sommer zu tun, also umgehend.

Wir haben auch beschlossen in der Obmännerkonferenz, dass die Anträge, die mit Dringlichkeit beantragt worden sind, ohne Dringlichkeit in den Landtag eingehen, mit Ausnahme weniger Tagesordnungspunkte, die heute unbedingt zu beschließen sind und damit auf die Tagesordnung kommen müssen. Es wurde auch vereinbart in der Obmännerkonferenz, dass heute keine aktuelle Stunde stattfinden soll. Sie wurde ebenfalls zurückgezogen und der dazugehörige Initiativantrag wird ebenso ohne Dringlichkeit in die Tagesordnung eingehen.

Die amtliche Niederschrift über die neunte Sitzung des Landtags liegt derzeit bis zum 22. Juli in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf und ich mache Ihnen noch eine Mitteilung des Grünen Klubs. Er hat bekannt gegeben, dass Frau Dr. Petra Leitner gemäß Paragraph 3, Absatz 4 zur Klubsekretärin-Stellvertreterin bestellt wurde.

Den Herrn Schriftführer bitte ich jetzt, dass er den Eingang bekannt gibt.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute die Beilage 251/2004. Eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulaufsichtsgesetz 1998 geändert wird (Oö. Schulaufsichtsgesetz-Novelle 2004). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters die Beilage 252/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2004). Diese Beilage soll gemäß Paragraf 26, Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 253/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird, keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 254/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem ein Oö. Chancengleichheitsgesetz erlassen und das Oö. Sozialhilfegesetz 1998 geändert wird, wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 255/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004 soll gemäß Paragraf 26, Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 256/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Oberösterreichischen Bodeninformationsbericht 2004 soll dem gemischten Ausschuss aus Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Umweltangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 258/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbeamtenengesetz 1993, das Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das Oö. Gehaltsgesetz 2001, das Oö. Landes-Gehaltsgesetz, das Oö. Landesbeamten-Pensionsgesetz, das Oö. Mutterschutzgesetz, das Oö. Karenzurlaubsgeldgesetz 2000, die Oö. Landes-Reisegebührenvorschrift, das Oö. Kranken- und Unfallfürsorgegesetz für Landesbeamte, das Oö. Landesbediensteten-Schutzgesetz 1998 und das Oö. Landesbediensteten-Zuweisungsgesetz geändert werden (Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2004 – Oö. DRÄG 2004). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 259/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht über die Tätigkeit und Gebarung des Oö. Krankenanstaltenfonds für das Geschäftsjahr 2003 wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 260/2004, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Objektivierungsgesetz 1994 geändert wird (Oö. Objektivierungsgesetz-Novelle 2004) wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Beratung zugewiesen.

Die Beilage 261/2004, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend ein Facharbeiter(innen)ausbildungsprogramm wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 262/2004, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Aufklärungskampagne „Schuldenfalle Handy“ wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 263/2004, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Erstellung eines Energiebedarfsplans samt Deckungskonzept für Oberösterreich in Prognoseschritten bis zum Jahre 2030, soll dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 264/2004, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten zur Positionierung des Kulturlandes Oberösterreich in Europa, wird dem Kulturausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Und die Beilage 265/2004, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend das Landesgesetz mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird, soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

**Erste Präsidentin:** Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer für die Verlesung aller Beilagen. Sie finden sie wie immer auf Ihren Plätzen vor. Die Landesregierung schlägt im Rahmen ihres Antrages vor, der Beilage 252/2004 die Dringlichkeit zuzuerkennen. Es handelt es sich hier um ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird, die Oö. Schulzeitgesetznovelle 2004. Es gibt dazu keine Wortmeldung. Ich lasse über den Antrag abstimmen, wobei ich feststelle, dass er mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Ich bitte also die Mitglieder des Hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 252/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Auch die Beilage 253/2004 soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Es handelt sich hier um eine Vorlage der Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Es gibt aber keine Wortmeldung dazu, ich lasse daher abstimmen. Auch dieser Beschluss benötigt eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Wer der Dringlichkeit zur Beilage 253/2004 zustimmt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 255/2004. Auch sie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Es handelt sich hier um eine Vorlage der Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004. Es gibt auch dazu keine Wortmeldung. Ich lasse abstimmen und bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Dringlichkeit zur Beilage 255/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Der Herr Schriftführer hat bereits angekündigt, dass die Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vorschlägt die Beilage 256/2004 einem gemischten Ausschuss, einem der sich aus dem Ausschuss für volkswirtschaftliche und dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten zusammensetzt, zuzuweisen. Es handelt sich bei diesem Bericht um die Vorlage der Landesregierung betreffend den Oberösterreichischen Bodeninformationsbericht 2004. Für die Zuweisung der Beilage an den gemischten Ausschuss ist ebenfalls ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Es gibt keine Wortmeldung dazu. Ich lasse darüber abstimmen und bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die der Zuweisung 256/2004 an den gemischten Ausschuss zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 265/2004. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird, die Oberösterreichische Landesabgabenordnungsnovelle 2004. Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss notwendig. Es gibt dazu keine Wortmeldung. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen, wobei ich ebenfalls festhalte, dass dieser Beschluss nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden kann. Ich bitte also die Mitglieder des Hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 265/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir behandeln einen Punkt für die Absetzung der Beilage 250/2004 von der Tagesordnung. Da hat sich Herr Klubobmann Trübswasser zu Wort gemeldet und, ich bitte Sie den Antrag zu stellen.

**Abg. Trübswasser:** Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Absicherung der infrastrukturellen Grundversorgung Oberösterreichs. Als Berichtserstatter stelle ich den Geschäftsantrag, diese Beilage von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und von der heutigen Tagesordnung der Landtagssitzung abzusetzen.

**Erste Präsidentin:** Ich bedanke mich für den Antrag. Es gibt dazu keine Wortmeldung, und ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte also jene Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Geschäftsantrag auf Absetzung der Beilage 250/2004 von der Tagesordnung zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig angenommen worden.

Ich teile Ihnen mit, dass eine Reihe von schriftlichen Anfragen eingelangt sind. Kopien der Anfragen und zwischenzeitliche eingelangte Beantwortungen liegen auf Ihren Plätzen vor.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zu den Verhandlungsgegenständen. Und zwar zu den Beilagen 247/2004 und 248/2004. Bei der Beilage 247/2004 handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2003. Bei der Beilage 248/2004 handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Oberösterreichischen Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung Rechnungsabschluss 2003 des Landes Oberösterreich. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede abführen, aber selbstverständlich getrennt abstimmen. Ich bitte Herrn Abgeordneten Weinberger über beide Beilagen zu berichten.

Abg. **Weinberger:** Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2003. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 247/2004.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Hohe Landtag möge beschließen: Der vorstehende Bericht wird gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2003 zur Kenntnis genommen.

Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2003“ des Landes Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 248/2004.)

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend die Initiativprüfung „Rechnungsabschluss 2003 des Landes Oberösterreich“ wird zur Kenntnis genommen. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt. Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der Kritikpunkte zu veranlassen.

**Erste Präsidentin:** Danke dem Herrn Berichterstatter. Ich eröffne die Wechselrede und schließe sie wieder. Schon? Dann schließe ich sie nicht und eröffne sie noch einmal. Bitte Herr Abgeordneter Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Entschuldigen Sie Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich und der Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Landesrechnungshof wurden so wie im vergangenen Jahr auch heute zur gemeinsamen Behandlung vorgelegt. Dies wird von uns sehr begrüßt, weil dadurch ein sehr klares Bild über die Finanzsituation dem Landtag vorgelegt wird. Der Rechnungsabschluss 2003 zeigt uns daher wiederum sehr deutlich, wie sich die Einnahmen und wie sich die Ausgaben des Landes Oberösterreich im letzten Jahr tatsächlich entwickelt haben. Und darüber hinaus gibt uns der Bericht des Landesrechnungshofes aufgrund der getroffenen Empfehlungen wichtige Anregungen. Ich möchte mich daher namens meines Klubs beim Landesrechnungshof für die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2003 herzlichst bedanken und bei den Beamten der Finanzabteilung, dass die Haushalts- und Finanzsituation des Landes vollständig und formell richtig abgebildet wurde.

Auf einige Punkte möchte ich jedoch kurz eingehen: Erfreulich ist, dass die Haushaltsrechnung ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist, wobei jedoch nicht verschwiegen werden darf, dass vor allem die Rücklagenentnahme in der Höhe 241,77 Millionen Euro zum Haushaltsausgleich beitragen. Diese Rücklageentnahme war natürlich auch schon im Voranschlag 2003 vorgesehen, wurde jedoch um 9,77 Millionen Euro überschritten. Daher hat der Landesrechnungshof völlig zurecht angeregt, dass für die nicht im Voranschlag veranschlagten Rücklageentnahmen eine haushaltsrechtliche Regelung notwendig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Rechnungsabschluss 2002 entfielen damals rund ein Drittel des Gesamtbudgets, das waren damals zirka zwei Milliarden Euro, auf Veräußerungserlöse. Und ich habe schon damals darauf hingewiesen, dass wir in Zukunft mit einer immer schwierigeren Finanzsituation zu rechnen haben, denn unsere Vermögenswerte können und konnten nur einmal verkauft werden. Mich wundert es deshalb nicht, wenn der Landesrechnungshof feststellt, dass es für das Land Oberösterreich immer schwieriger wird



die Maastricht Kriterien zu erfüllen, weil künftig die Maastricht-freundlichen Gestaltungsmöglichkeiten wegfallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unbestritten, dass sich der finanzielle Spielraum des Landes verringert hat. Einerseits weist der hohe Verbrauch der Rücklagen darauf hin, andererseits wurden zirka 900 Millionen Euro als Finanzierungsdarlehen dem Bund im April 2002 gewährt. Bekamen wir im April 2002 noch 3,361 Prozent Zinsen dafür, so waren es im April 2003 2,568 Prozent, im April 2004 2,022 Prozent und jetzt bekommen wir 1,901 Prozent. Und wenn die Zinsenentwicklung so weiter geht, dann werden wir uns ernsthaft zu überlegen haben, ob wir dieses Geld nicht besser anlegen können. Denn eines ist klar, wir werden auch in den nächsten Jahren auf die Rücklagen zurückgreifen müssen, denn wir brauchen Impulse für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten sehr lange im Finanzausschuss über die Anregungen des Rechnungshofes diskutiert und ich bin froh, dass es in zwei Punkten zu einer Umformulierung durch den Rechnungshofdirektor selbst gekommen ist. Einerseits betraf es die geplante Aufgabenreform und wo die Überprüfung nachhaltiger struktureller Einsparungsmöglichkeiten beim Personal- und Sachaufwand angeregt wurden und andererseits betraf es die 15-prozentige Kreditsperre auf die Ermessensausgaben, welche nur in jenen Fällen aufgehoben werden soll, in denen ansonst die mit der Ausgabe beabsichtigte Wirkung nicht zu erzielen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die zukünftige Budgetpolitik wird sicherlich die Steuerreform eine große Rolle spielen, da in den nächsten Jahren dadurch mit keinen Einnahmeerhöhungen gerechnet wird. Ganz im Gegenteil, die Steuerreform wird dem Land Oberösterreich 127 Millionen Euro im nächsten Jahr kosten. Und auch die Gemeinden müssen in die Tasche greifen und zirka sechzig Millionen Euro aufbringen. Aber auch die Abgangsdeckung der oberösterreichischen Spitäler ist ein enormes Problem. Waren es im Jahr 1985 noch 76,8 Millionen Euro, so werden es im heurigen Jahr 475,4 Millionen Euro sein, wobei der Anteil des Landes 254,6 Millionen Euro ist. Diese wichtigen Finanzierungsfragen müssen neben anderen wichtigen Fragen im Rahmen der anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen gelöst werden.

Meiner sehr verehrten Damen und Herren, abschließend möchte ich auf die Entwicklung der Wohnbauförderungsmittel hinweisen. Im Rechnungsabschluss 2001 gaben wir für den Wohnbau in Oberösterreich 4,5 Millionen Euro aus. Laut Rechnungsabschluss 2002 waren es 360,3 Millionen Euro und nach dem Rechnungsabschluss 2003, also den nun heute hier vorliegenden, sind es 339,5 Millionen Euro. Der Vergleich, Herr Landeshauptmann, vom Rechnungsabschluss 2001 zum Rechnungsabschluss 2003 zeigt, dass wir in diesen Jahren ein Minus von 81,8 Millionen Euro weniger ausgeben. Und im Voranschlag 2004 haben wir 322,7 Millionen Euro vorgesehen. Davon erhalten wir vom Bund 285,7 Millionen Euro und das Land Oberösterreich nimmt 37 Millionen Euro für den Wohnbau in die Hand. Und wenn ich nun sage, und viele Kolleginnen und Kollegen hier im Saal sagen es genauso, dass es zu keiner Kürzung der Wohnbauförderungsmittel kommen darf, so meine ich nicht nur die Bundesmittel, die vom Bund kommen, sondern ich spreche mich auch dafür aus, dass es zu keiner Kürzung der Budgetansätze des Landes für den Wohnbau kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute steht aber der Rechnungsabschluss 2003 zur Diskussion. Wir werden daher die vom Landesrechnungshof vorgelegten Anregungen zur Kenntnis nehmen und dem Rechnungsabschluss 2003 werden wir die Zustimmung nicht verwehren.

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair das Wort.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Bericht des Landesrechnungshofes zum Rechnungsabschluss 2003 verfügt das Land Oberösterreich über eine relativ gute und stabile Finanzlage. So der Bericht zu diesem Rechnungsabschluss. Beim Rechnungsabschluss 2002 hat der Landesrechnungshof noch gesagt, es besteht - oder festgestellt - es besteht eine stabile Finanzlage mit hohen Finanzreserven. Doch ein erheblicher Unterschied in der Bewertung, in der Diktion, und ich glaube, das soll uns doch eine Warnung sein, eine Warnung zur rechten Zeit. Und es scheint der Kernsatz richtig zu sein oder er ist richtig. Der Spielraum der Landesfinanzen hat sich verringert. Und man kann also nicht mehr von einer blendenden Finanzlage sprechen und Vorsicht ist angebracht. Zurückzuführen ist das vor allem auf die Verminderung der Ist-Rücklagen um ca. 370 Millionen Euro im gegebenen Jahr, und wir haben alle gemeinsam diese Ausgaben mitgetragen. Sie waren notwendig und haben beigetragen, um die Hochwasserschäden zu beseitigen, wir haben im Krankenanstaltenbau Hervorragendes geleistet, im Straßenbau ist und war vieles notwendig und ist noch viel mehr notwendig. Aber trotzdem müssen wir sagen, wenn es in diesem Tempo der Geldentnahme weitergehen würde, dann sind die Rücklagen oder wären die Rücklagen in drei Jahren aufgebraucht. Als die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft wurden, haben wir noch gesprochen, wir werden mit den Zinsen, mit den Zinsen aus dem Kapital, den Haushalt auffüllen und entsprechende Investitionen vornehmen können. Davon können wir jetzt keinesfalls mehr reden, wir verbrauchen das Kapital, und allein der heutige Nachtragsvoranschlag mit 68 Millionen ist wieder ein Schritt in diese Richtung und senkt die Rücklagen bereits unter die 1.000 Millionengrenze, also wieder ein Stück weg vom Kuchen, den wir zur Verfügung haben.

Zu den Zinsen. Offensichtlich ist die Taktik, durch Zinsen zu investieren, nicht aufgegangen oder geht nicht mehr auf, und wir müssen umdenken. Die Zinsen aus den Rücklagen aus dem Budget 2003 waren ja, das wissen wir, mit 54,3 Millionen geplant, tatsächlich sind es 28,2 Millionen geworden, also die Hälfte, das wurde bereits gesagt. Aber wir haben keineswegs die Hälfte der Rücklagen aufgebraucht und auch die Zinsen sind nicht um die Hälfte, sie sind gesunken, aber nicht um die Hälfte gesunken. Das heißt, entweder haben wir hier doch ein bisschen zu optimistisch geschätzt oder es war einfach nicht realistisch, was wir erwartet haben.

Der Rechnungshof fordert oder hat bereits mehrmals gefordert, ein Konzept zur Verwendung der Rücklagen. 2001 war die Empfehlung oder lautete die Empfehlung des Rechnungshofes, dass die Landesregierung ein mittel- bis längerfristiges Gesamtkonzept zur optimalen Veranlagung und Verwendung der Rücklagen beschließen soll. Im Bericht 2002 wiederholte der Landesrechnungshof seine Forderung und stellte fest, dass er ein solches bereits im Vorjahr angeregtes Konzept für erforderlich hält. Heuer hält er fest, dass ein derartiges Konzept in nächster Zeit vorgelegt würde. Wir hoffen, dass dieses Konzept doch rasch kommt, weil wir die Taktik unserer Finanzen oder die weitere Finanzentwicklung oder die Finanzvorschau neu überdenken müssen und auch die Oberöreicher sicher ein Recht darauf haben, was mit ihrem Geld, das sie monatlich für das Wohnen zurückbezahlen, was mit ihrem Geld tatsächlich geschieht.

Ein Thema ist auch der Straßenbau, wo der Landesrechnungshof feststellt, dass es hier eine klare Prioritätenreihung geben muss und dass ein Generalverkehrsplan notwendig ist, um hier Prioritäten und finanzielle Eckpunkte und Richtlinien zu schaffen. Ich erinnere doch daran, dass unsere Forderung eines Generalverkehrsplanes nun genau ein Jahr alt ist. Wir

Freiheitliche hoffen, dass wir mit dem Geld der Bürger sehr vorsichtig, sehr sparsam umgehen, dass wir unseren Spielraum nicht weiter verringern, sondern das Geld dann zur Verfügung haben, wenn es tatsächlich und richtig und notwendig gebraucht wird. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Trübswasser, bitte.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Auch ich möchte seitens der grünen Fraktion eine kurze Stellungnahme zum vorliegenden Rechnungsabschluss und insbesondere zum Rechnungshofbericht abgeben. Ich möchte zu Beginn auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs ganz herzlich danken für die sehr tiefgehende Prüfung und für die Anregungen, die sich im Bericht wiederfinden. Ich denke, entsprechend der Bedeutung des Rechnungsabschlusses müssten wir uns künftig, und das haben wir schon in den letzten sechs Jahren gesagt, mehr Zeit nehmen. Der Rechnungsabschluss ist für mich nicht nur die rechnerische Richtigkeit eines Budgetvollzugs, sondern er ist für mich Grundlage und Auftrag für die kommenden Budgets und für die kommende Finanzpolitik. Ich denke, besonders durch die Prüfung des Rechnungsabschlusses durch den Rechnungshof ist uns ein Papier in die Hand gegeben, das wirklich ein Handlungsauftrag ist und das der Politik sowohl in der Gesetzgebung, in der Budgeterstellung als auch im Vollzug einige Aufgaben aufgibt.

Die Kritik, die wir anlässlich des Erscheinens des Rechnungshofberichtes gemacht haben, halte ich aufrecht, ich werde sie im Wesentlichen im Detail heute nicht wiederholen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir die Situation, in der wir jetzt finanztechnisch sind, von der Einnahmenseite her natürlich bedauern, weil sie uns zwingt, viele wichtige Investitionen in diesem Land zu verschieben. Schuld ist natürlich auch, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht so ist, wie wir uns das erwarten, aber es ist natürlich auch eine auf Bundeseite beschlossene Steuerreform, die nicht in der Form ausfällt, wie es sich die Grünen erwartet haben. Die Argumente sind bekannt, Oberösterreich hat Mindereinnahmen von 137 Millionen Euro und muss und wird mit diesen Mindereinnahmen weiterhin leben müssen. Wir waren auch nicht dafür, als es galt, Landesvermögen zu veräußern, ich stehe aber dazu, dass wir die Rücklagen, die dadurch entstanden sind, durch die Veräußerung dazu verwenden, um wichtige Projekte und Investitionen zu tätigen. Wir werden mit diesem Geld, das hat der Rechnungshof ganz eindeutig gesagt, sehr vorsichtig umgehen müssen, und die Finanzpolitik der nächsten Jahre wird sicher in Oberösterreich wahrscheinlich die schwierigste seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sein. Wir sind zwar auf hohem Niveau, aber wir werden sehr sorgsam budgetieren müssen und all unsere Kraft einsetzen, dass wir ein Budget zustande bringen, das den Aufschwung und die Entwicklung dieses Landes weiterfördert.

Ich darf zwei Dinge des Rechnungshofberichtes noch hervorheben. Einerseits nehme ich gerne auch das Lob des Rechnungshofes entgegen, wenn es darum geht, dass wir erste Strukturmaßnahmen im Budget 2004 vorgenommen haben. Da sind die Auflösung der Verstärkungsmittel, die Auflösung der Fonds, nicht die Kürzung, sondern die finanztechnische Überführung dieser Mittel in die zuständigen Ressorts, das wird im kommenden Rechnungsabschluss eine wesentliche Erleichterung der Lesbarkeit bringen, man wird Voranschlag und Rechnungsabschluss besser vergleichen können.

Zu den Anregungen, die der Rechnungshof abgegeben hat, stehen wir, und ich darf auch sagen, dass wir uns bemüht haben, hier noch Klarheit bei der Formulierung in der Ausschussdebatte zu bringen, und ich bedanke mich auch bei Rechnungshofdirektor Brückner für die Formulierung, die es ermöglicht hat, dass es zu einem Konsens im Ausschuss gekommen ist. Für viele Bereiche, wo die Grünen sich sehr engagiert haben, in den Initiativen,

in den Bereichen des Sozialen und der Kultur, ist die Kreditsperre, die einstimmig eingeführt wurde, mit den Stimmen aller Regierungsmitglieder, sehr schmerzlich. Ich glaube, dass es verständlich ist, dass wir in einer Situation, wo die Ertragsanteile sich nicht so entwickeln, wie es vorsichtig präliminiert wurde, wir uns natürlich überlegen müssen, auch bei den Pflichtausgaben, was unbedingt notwendig ist, und wo es die Möglichkeit des Sparens gibt. Ich nehme da die Pflichtausgaben nicht aus, obwohl sie nicht unmittelbar von der Kreditsperre betroffen sind. Es klingt vielleicht aus dem Munde eines Grünpolitikers ungewohnt, aber ich denke, hier nachzudenken und jeden Euro oder jede Million, weil es hier ja um höhere Mittel geht, drei bis vier Mal umzudrehen, ist richtig. Ich sage aber gleichzeitig dazu, dass sich die Grünen mit aller Vehemenz dafür einsetzen werden, dass keine Initiative, kein wichtiges Projekt im Sozialbereich zu schaden kommen darf, dass es im Kulturbereich durch diese Kürzungen während des Jahres - ich darf betonen, dass eine Kreditsperre schon qualitativ etwas anderes ist, als ein niedriger angesetztes Budget, weil es ja mitten in die Jahresarbeit hineinfällt.

Wir dürfen auch nicht zurückschrecken, da muss ich sagen, da muss auch dieser Schritt getan werden, auch auf Rücklagen zurückzugreifen, das darf kein Tabu sein. Wir werden uns besonders dort einsetzen, das sage ich mit allem Nachdruck, wo es um Kofinanzierungen geht, wo die Reduzierung des Landesbeitrages eine insgesamt schlechte Gesamtsituation für die Initiative oder für das Projekt ergibt, das werden wir in jedem Einzelfall prüfen, das darf ich jetzt schon versprechen.

Abschließend, geschätzte Damen und Herren, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, der Rechnungsabschluss ist über weite Bereiche mindestens ebenso wichtig wie das Budget. Ich würde mir wünschen und ersuche auch die Regierung, im kommenden Jahr den Abgeordneten mehr Zeit zu geben, um sich mit dem Rechnungsabschluss auseinanderzusetzen. Es waren zwischen dem Bericht des Rechnungshofs und der Ausschusssitzung genau zwei Tage, ich denke, der Bedeutung des Abschlusses und der Bedeutung des Rechnungshofberichtes gemäß brauchen wir mindestens 14 Tage, um uns eingehend damit auseinanderzusetzen. Das hat der Rechnungsabschluss und das hat vor allem der Rechnungshofbericht verdient. Ich danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Frau Abgeordnete Lackner-Strauss ist die nächste Rednerin, bitte.

**Abg. Lackner-Strauss:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel des Landes Oberösterreich ist keine Neuverschuldung, das Land ist bereits zum achten Mal ohne Neuverschuldung, ich glaube, das sollte man einmal ganz positiv anmerken. Der Rechnungsabschluss 2003 wurde ausgeglichen erstellt, der Gesamtschuldenstand von ca. 370 Millionen Euro wurde im Laufe des Jahres 2003 getilgt, die gewonnenen Zinsensparnisse konnten für die Infrastrukturinvestitionen verwendet werden. Die Leitsätze der oberösterreichischen Finanzpolitik waren, keine Politik zu Lasten nächster Generationen, keine Neuverschuldung, die Beibehaltung der absoluten Schuldenfreiheit, die Erhaltung des Triple-A-Rating und die Erreichung der erforderlichen Maastricht-Kriterien, absoluter Vorrang von investiven Ausgaben vor den konsumtiven. Diese Ziele konnten mit der Erstellung des Landesbudgets 2003 erneut erreicht werden, allerdings erschwerten die Rahmenbedingungen die heurige Budgeterstellung im besonderen Ausmaße, durch die konjunkturellen Probleme konnten im Jahr 2002 die präliminierten Einnahmen trotz äußerst vorsichtiger Budgetierung nicht erreicht werden. Das Land Oberösterreich muss auch mit verminderten Einnahmen von Seiten des Bundes im Ausmaß von ca. 40 Millionen Euro rechnen. Trotzdem ist es gelungen, einen ausgeglichenen Rechnungsabschluss zu erstellen,

insbesondere durch die Budgetdisziplin der Referenten. Die Hochwasserkatastrophenschäden im Ausmaß von 211,9 Millionen Euro, die wurden ja bereits im September 2002 beschlossen, die sind natürlich erst im Jahre 2003 zum Großteil zur Auszahlung gelangt. Auch das anspruchsvolle Ziel, die Investitionssumme von einer Milliarde Euro zu überschreiten, um damit über 20 Prozent des Gesamtbudgets für Investitionen auszugeben, ist erreicht worden.

Keine Erhöhung der Landessteuern und -abgaben, Oberösterreich hebt von allen Bundesländern nach wie vor die geringsten Landesabgaben ein, pro Einwohner ca. 14,5 Euro, das ist im Wesentlichen unverändert. Wenn wir Landesabgaben wie in Tirol hätten, dann wären es zum Beispiel plus 70 Millionen Euro Mehrertrag oder wie in Kärnten, dann hätten wir plus 43 Millionen Euro Mehrertrag. Es wurde wirklich auch eine verantwortliche Personalpolitik, aber auch maßgebliche Einsparungen in der Verwaltung gemacht. Im Budgetjahr 2002 erfolgte die völlige Entschuldung des Landes, die großen Schwerpunkte des Budgets 2003 waren die Fortsetzung der Bildungsoffensive, im Vergleich zum Vorjahr plus fünf Prozent. Bei der Gesundheitsoffensive zum Beispiel das Gesamtinvestitionsprogramm bei den oberösterreichischen Spitälern, das innerhalb eines Jahrzehntes zu bewerkstelligen ist, beträgt rund 1,5 Milliarden Euro. Die Verkehrsinfrastruktur mit einer Erhöhung um 13 Prozent, die Sozialoffensive hat eine Steigerung von 7,2 Prozent, das Sonderprogramm "Betreutes Wohnen" soll in gleicher Höhe wie 2003 fortgeführt werden, aber auch 2004 und 2005 mit einer Höhe von 17,5 Millionen Euro. Diverse Gemeindeentlastungen sind natürlich auch notwendig. Die Zukunftsfondsmittel für Forschung, Bildung und Arbeitswelt mit insgesamt 54,4 Millionen Euro, dazu kommen noch unverbrauchte Mittel aus dem Vorjahr mit rund fünf bis sieben Millionen Euro. Die EU-Kofinanzierung, jeder Euro muss aus Brüssel abgeholt werden und wird aus Brüssel abgeholt, auch im Jahr 2003 können alle EU-Kofinanzierungen fortgesetzt werden, dafür stehen insgesamt 88,8 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung.

Unsere Landesfinanzen in Oberösterreich sind zum achten Mal ohne Neuverschuldung, das Land Oberösterreich ist seit März 2002 gänzlich schuldenfrei, dadurch wurden 2003 21 Millionen Euro an Zinsen erspart. Der Rechnungsabschluss 2003 wurde ausgeglichen erstellt, trotz gleicher Einnahmen seit 2001. Die Erstellung des Budgets wurde sehr zukunftsorientiert und verantwortungsvoll von allen Beteiligten, dem Landesrechnungshof, den zuständigen Referenten und vor allen Dingen unserem Finanzreferenten Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer gehandelt. Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags um Zustimmung des Rechnungsabschlusses für das Verwaltungsjahr 2003. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Weinberger.

Abg. **Weinberger:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2003 spiegelt ein umfangreiches Zahlungswerk wieder. Er konnte erfreulicherweise ausgeglichen erstellt werden und wie es meine Vorrednerin schon betonte, bereits zum achten Mal. Damit schließt das Land Oberösterreich das Finanzjahr 2003 mit einer schwarzen Null ab, mein und unser Dank gilt dem Finanzreferenten Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, der Finanzabteilung, aber auch dem Landesrechnungshof für seine Initiativprüfung des Rechnungsabschlusses 2003. Erfreulich ist, dass der Landesrechnungshof feststellt, dass der Rechnungsabschluss korrekt aus der Buchhaltung abgeleitet wurde, die Überprüfung einzelner Gebarungen und Nachweise keine Hinweise auf Mängel ergab. Die Haushalts- und Finanzsituation des Landes Oberösterreich vollständig und richtig dargestellt ist, das Land Oberösterreich im Jahr 2003 den Stabilitätsbeitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien dadurch erreicht hat, dass die

Möglichkeit eines geringeren Stabilitätsbeitrages in Anspruch genommen wurde, anstatt 298,7 Millionen Euro 242,8 Millionen Euro. Auch für das Land Oberösterreich wird es immer schwieriger, hohe Maastricht-Überschüsse darzustellen. Vor allem auch dadurch, weil künftig maastrichtfreundliche Gestaltungsmöglichkeiten wegfallen. Zum Haushaltsausgleich trugen vor allem auch Rücklagenentnahmen von 241,7 Millionen Euro bei, die, wie der Landesrechnungshof bestätigt, im Zusammenhang mit der hohen Investitionsquote des Landes zu sehen sind. Zirka 340 Millionen Euro wurden in die Wohnbauförderung investiert. Ein wichtiger Impulsgeber für unsere Bauwirtschaft. Mit ein Teil, dass Oberösterreich über Jahre gesehen im Durchschnitt die weitaus geringste Arbeitslosenrate hat. Aktuell im Juni 2004: Oberösterreich 3,5 Prozent; der Bundesdurchschnitt 5,9 Prozent; und Wien leider 9,5 Prozent.

Natürlich kämpft unser Herr Landeshaupt Dr. Josef Pühringer im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen mit dem Bund für den vollen Weiterbestand der Bundeszuschüsse für die Wohnbauförderung. Kollege Kapeller hat dies auch schon angesprochen. Und wir werden uns dafür vehement einsetzen. Was ich als Kritik nicht so zur Kenntnis nehme aus dem Finanzausschuss ist, da hat der Kollege Winterauer gemeint im Zusammenhang mit Spatenstich und Eröffnungsfeier, dem kann er nichts abgewinnen, ich glaube aber, dass die örtliche und regionale Bevölkerung mit den Politikerinnen und Politikern auch Spatenstichfeiern durchführen kann und soll. Die Gemeinden wurden durch die Senkung der Landesumlage etwas entlastet, auch die Strukturhilfe wurde erhöht, leider haben die Steigerungen beim Krankenanstaltenbeitrag und die Hebesätze bei den Sozialhilfeverbänden dies wieder mehr als aufgebraucht.

Der Personalbewirtschaftung im Landesbereich wird durch die Aufgabenreform und Änderungen in der Ablauforganisation ein positives Zeugnis ausgestellt. Gegenüber dem Vorschlag 2003 wurde eine Senkung von 19,6 Millionen Euro bei den Personalkosten erreicht. Weitere Optimierungen werden von Seiten des Landesrechnungshofes angeregt, vor allem im Sachaufwandsbereich. Weiters stellt der Landesrechnungshof fest, dass Anregungen mit der Rechnungsabschlussprüfung im Vorjahr bereits größtenteils umgesetzt oder in Umsetzung sind. Einige Beispiele dazu: Gesamtkonzept für die Veranlagung und Verwendung der hohen Rücklagen mit kurzer Bindungsdauer. Das Konzept wird in nächster Zeit der Landesregierung zur Entscheidung über die weitere Vorgangsweise vorgelegt. Die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung ist im Regierungsübereinkommen für die Jahre 2005 bis 2009 vereinbart. Das Projekt wurde bereits eingerichtet.

Im Interesse der Budgetklarheit und der Verwaltungsvereinfachung wurden Verstärkungsmittel, der Zukunftsfonds, der EU-Strukturmittelfonds und der Verkehrsinfrastrukturfonds abgeschafft. Die Transparenz des Rechnungsabschlusses und der Gebarungsvollzug wurden daher verbessert. Eine Reihe weiterer Anregungen hat uns der Landesrechnungshof in der Finanzausschusssitzung am 24.6.2004 übergeben. Ich bin überzeugt, dass nach Möglichkeit auch diese Prüferkenntnisse von unserem Finanzreferenten Landeshauptmann Dr. Pühringer, seinen Regierungskolleginnen und -kollegen, dem Landtag sowie den zuständigen Abteilungen bestmöglich umgesetzt werden. Aus all diesen Gründen hat der Rechnungsabschluss 2003 sowie der Prüfbericht des Landesrechnungshofes eine Zustimmung verdient. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Winterauer, bitte.

Abg. **Winterauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon gehört, dass die bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen uns fordern, die Wohnbauförderungsmittel zu sichern. Der Rechnungsabschluss 2003 zeigt es ganz deut

lich auf. Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit bzw. gibt es noch eine zweite Herausforderung bei diesem Finanzausgleich 2004, nämlich die Situation der Städte und Gemeinden. Und hier zeigt der Rechnungsabschluss 2003 ganz deutlich auf, Städte und Gemeinden bekamen vom Land Oberösterreich im Jahre 2003 392 Millionen Euro, also 392,269 Millionen Euro. Im Gegenzug bekam das Land von den oberösterreichischen Städten und Gemeindeverbänden 292.571.000 Euro. Zuzüglich der 12,5prozentigen Bedarfszuweisungsmittel, die für das Gemeindereferat von den Städten und Gemeinden einbehalten werden, das waren im Jahr 2003 noch einmal 120.057.000 Euro, so ergibt das eine Nettosumme von 412.628.000 Euro, und somit ein Nettotransferbestand von Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden an das Land Oberösterreich von 20.358.597,62 Euro oder sozusagen überschlägig gesagt zirka 280 Millionen Schilling. Hier ist für die Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden durchaus noch eine gewisse Möglichkeit, die im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen besprochen werden sollte.

Einen zweiten Punkt, der Städte und Gemeinden betrifft, sieht man im Rechnungsabschluss 2003 auf Seite 111. Das Land Oberösterreich hat vom Bund für die Behebung von Katastrophenschäden für Vermögen in Gemeinden 24.325.000 Euro erhalten. Im Gegenzug haben die Gemeinden lediglich vom Land Oberösterreich, auch das ist im Rechnungsabschluss, Band 3, auf Seite 134 sichtbar, 7.259.000 Euro und 9.471.000 Euro, ergibt in Summe 16.731.000 Euro bekommen. Somit klafft hier noch eine Lücke von zirka 7,5 Millionen Euro oder hundert Millionen Schilling, wo ein gewisser Handlungsbedarf seitens des Landes zu Gunsten der Städte und Gemeinden möglich wäre. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer bitte.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss 2003, der heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist wiederum ausgeglichen erstellt. Ich möchte aber vorweg einige grundsätzliche Anmerkungen zur Finanzpolitik und zur gegenwärtigen Finanzsituation machen, weil nur so das Zahlenwerk dieses Rechnungsabschlusses auch richtig eingeordnet und in seiner Gesamtheit richtig beurteilt werden kann. Zum Ersten schicke ich voraus, dass das Land Oberösterreich neben dem Land Vorarlberg das einzige Bundesland ist, das sich durch eine externe Ratingagentur jedes Jahr raten lässt. Wir haben auch heuer wieder ein Ratingergebnis in Form des Triple-A, und zwar mit konstantem Ausblick erhalten.

Hier gleich die entscheidende Frage: Wieso kann ein Land ein Triple-A erhalten, wenn auf Rücklagen gegriffen wird und wenn der Rücklagenstand de facto vermindert wird? Ganz einfach, weil für die Triple-A-Beurteilung, und das ist für mich schon ein ganz wesentliches Kriterium auch nach außen, entscheidend ist, zu welchem Zwecke Rücklagen aufgelöst werden. Die Rating-Prüfer haben eindeutig festgestellt, dass es sich bei der Auflösung von Rücklagen ausschließlich um die Vorziehung von geplanten und notwendigen Investitionen handelt und Mittel, die aus der Rücklagenentnahme resultieren, nicht für konsumtive Ausgaben herangezogen wurden. Daher ist es auch möglich bei Auflösung von Rücklagen eine derartig gute, also die beste Qualifikation zu erhalten. Und das ist mir einleitend ganz wichtig und entscheidend, hier zu sagen. Wir haben Rücklagen aufgelöst, um rascher, schneller zu investieren, und nicht um den konsumtiven Teil zu erhöhen.

Wir haben im Rechnungsabschluss ja dargestellt, dass die Personalausgaben um 1,5 Prozent hinter dem Voranschlag zurückbleiben, dass die Ermessensausgaben um 0,1 Prozent hinter dem Voranschlag bleiben und dass lediglich die Pflichtausgaben gewaltig angestiegen sind. Das ist fast ausschließlich auf zwei Umstände zurückzuführen: Auf die Erfüllung des

Katastrophenhilfegesetzes aus der Hochwasserkatastrophe, und auf den Verbrauch von Übertragungsmitteln aus der Wohnbauförderung. Auf Letzteres werde ich noch im Detail eingehen.

Zweite Vorausfeststellung zum Rechnungsabschluss: Wir haben eine schwierigere Finanzsituation, eine gewaltig schwierigere, aber die ist nicht durch uns verursacht worden. Wir haben sechs Jahre, das hat es in der Geschichte der Zweiten Republik noch nicht gegeben, wir haben sechs Jahre mit konstanten Einnahmen, aber mit steigenden Ausgaben. Während der Bund auf der Einnahmenseite deutliche Steigerungen vermerken kann, die Gemeinden leichte Steigerungen auf der Einnahmenseite haben, hat das Land als einzige Gebietskörperschaft, über sechs Jahre gerechnet, keine Steigerung bei den Einnahmen, auf der anderen Seite aber Ausgabenbereiche, die naturgemäß kräftig ansteigen, und das führt natürlich zu einem Delta, zu einer Schere, das bewältigt werden muss.

Dritter Punkt: Im Rechnungsabschluss 2003 widerspiegelt sich natürlich auch noch in einem gewissen Ausmaß die Hochwasserkatastrophe auf der Ausgabenseite.

Vierter Punkt: Es haben einige Bundesländer bereits jetzt die Rechnungsabschlüsse verabschiedet und auch Voranschläge für die nächsten Jahre erstellt. Im Vergleich zu diesen Voranschlägen, oder ich würde so sagen, mit diesen Bundesländern können wir leicht mithalten, denn bisher ist mit Ausnahme von Oberösterreich und Vorarlberg kein Bundesland ohne den Eingang einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung ausgekommen. Auch jene Bundesländer nicht, die so wie wir die Wohnbauförderung verkauft haben oder Teile der Wohnbauförderung verkauft haben und ausgegliedert haben, zum Teil in weit größerem Ausmaß ausgegliedert haben. Ich mache etwa aufmerksam, dass unser benachbartes und vergleichbares Bundesland Niederösterreich aus den Erträgen der Wohnbauförderung etwa gleich viel dem Budget zuführt, aber dennoch in Höhe von 180 Millionen Euro eine Nettoneuverschuldung für den Voranschlag 2005 eingegangen ist. Das ist natürlich alles Auswirkung der Einnahmensituation, denn die Wünsche an das Budget steigen gewaltig, während die Einnahmensituation zurück bleibt.

Außerdem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir nicht wie im Budget enthalten 232 Millionen Euro aus der Rücklage entnommen haben, sondern tatsächlich 94 Millionen Euro aus der Rücklage entnommen haben, aber alle nicht entnommenen, nicht verbrauchten Kreditansätze des Voranschlages den Referenten belassen wurden als Übertragungsmittel. Es wäre für uns ein Leichtes gewesen, auf die neun Millionen Euro, die nicht vorgesehen waren, Rücklagenentnahme zu verzichten, indem wir eben nicht 395 Millionen Euro übertragen haben, sondern um neun Millionen Euro weniger. Die Referenten haben aber darauf bestanden, dass sie dieses Geld nicht in Abfall stellen wollen, sondern für ihre Aufgaben in den nächsten Jahren benötigen. Ich mache schon darauf aufmerksam, dass zwischen 94 Millionen Euro und zwischen 232 Millionen Euro doch ein gewaltiger Unterschied ist. Das Geld ist nicht verbraucht, es ist nur weiter gegeben ins nächste Budget und steht natürlich theoretisch jeden Tag für die Ausgabe zur Verfügung. Eine Übertragung von einem Budget ins andere ist eine Ausgabe, auch wenn sie cashmäßig in der Kasse noch nicht wirksam wird. Das muss vorweg gesagt werden, wenn man diesen Rechnungsabschluss beurteilt.

Heute habe ich erneut vernommen von einigen Rednern, wo überall nicht gekürzt werden darf. Meine Damen und Herren! Mehrausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich sind vorgegeben. Überall anders wird es bei realistischer Sicht nicht möglich sein, ohne Kürzungen in den nächsten zwei Budgetjahren auszukommen. Ich sage das ganz klipp und klar, weil



sonst eine Budgeterstellung nicht möglich ist, außer es treten beim Finanzausgleich Wunder ein, an die ich aber nicht glaube, weil sie sehr selten stattfinden. Ich möchte diese realistische Sicht hier sagen, denn wir werden im September mit den Budgetverhandlungen beginnen, und jeder der in der Gemeinde tätig ist weiß es, jeder der in Betrieben tätig ist weiß es, wenn es eine stabile Einnahme ohne Steigerung gibt, aber wachsende Pflichtaufgaben im Sozialbereich und im Krankenanstaltenbereich, dass es dann irgendwo Quellen geben muss, die man anzapfen muss, um das Budget zu erstellen. Ich halte eine noch größere Entnahme von Rücklagen wie im Budget 2003 für ein Budget 2004 für nicht geeignet für eine Haushaltsführung.

Zu den Maastricht-Kriterien ein klares Wort: Die Maastricht-Kriterien sind für die Stabilität der europäischen Haushalte richtig und notwendig. Allerdings kritisiere ich an ihnen, dass zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben keine Unterscheidung von Brüssel gemacht wird. Ich glaube, dass hier ein Ansatzpunkt für eine gewisse Reform gegeben ist. Natürlich hätten wir auch heuer Maastricht erfüllen können, wir hätten nur der LIG schon im Vorjahr Grundstücke und Gebäude in einem größeren Ausmaß übertragen müssen. Aber in Wahrheit ist das Budgettechnik und nicht tatsächliche Einsparung, wie eigentlich die Intentionen von Maastricht lauteten. Nur, meine Damen und Herren, so lange ein Land keine Schulden hat und der Arbeitsmarkt nicht hundertprozentig bedient werden kann, ist es besser in den Arbeitsmarkt zu investieren, als Rücklagen oder Überschüsse zu erzielen.

Ich sage noch einmal ganz deutlich, dass wir die Entnahme der Rücklagen ausschließlich dazu getätigt haben, um Investitionen zu machen, insbesondere im Spitälerbereich. Denn, meine Damen und Herren, es ist natürlich vollkommen außergewöhnlich, das muss auch einmal gesagt werden, dass wir gleichzeitig 17 Baustellen in den oberösterreichischen Spitälern haben. Das hat es noch nie gegeben, 17 Baustellen parallel bei den oberösterreichischen Spitälern. Aber es hat auch den Vorteil, dass nach meiner derzeitigen Rechnung 2008 alle Spitäler am letzten Stand sein werden und 2012, 2015 die Finanzierung abgeschlossen sein wird. Wir werden dann ein großes Kapitel gegenüber anderen Ländern vorzeitig erledigt haben, zum Wohle der Patienten, aber auch vorzeitig mit höheren Betriebskosten, weil jede Erneuerung bringt auch neue Betriebskosten. Das muss uns klar sein.

Was die Veranlagung der Rücklagen anlangt: Wir haben die Veranlagung mit dem Bund gewählt, weil wir hier die Zinsertragsteuer nicht zahlen müssen. Mir nützen Zinsen, die um ein Drittel oder ein halbes Prozent höher sind, gar nichts, wenn ich dafür die Zinsertragssteuer zahlen muss. Und eine langfristige Veranlagung ist derzeit nicht möglich, weil wir diese Geldflüsse und Geldmassen benötigen, um das Investitionsprogramm entsprechend zu bedienen. Wir haben im Sozialbereich und im Spitälerbereich eine Entwicklung, die ist natürlich enorm dramatisch. Ich darf Ihnen sagen, dass wir im Jahr 1990 als Land Oberösterreich eine Nettobelastung für Spitäler hatten von 96 Millionen Euro, und im heurigen Jahr, im letzten Jahr, eine Nettobelastung von 303 Millionen Euro hatten. Das heißt, wir haben bei den Ertragsanteilen in diesem Zeitraum eine Steigerung gehabt von 10,41 Prozent und bei den Ausgaben für die Spitäler eine Steigerung gehabt von 94,18 Prozent. Da brauche ich über die dritte Klasse Volksschule nicht hinaus kommen, dass ich mir ausrechnen kann, dass das auf die Dauer nicht funktionieren kann.

Eine ähnliche Entwicklung haben wir im Sozialbereich. Das Land Oberösterreich hat im Jahr 1990 für Soziales 104 Millionen Euro ausgegeben, und im letzten Jahr 322 Millionen Euro, umgerechnet. Ich habe Ihnen schon gesagt, wir hatten eine Steigerung bei den Ertragsanteilen von zehn Prozent, wir hatten bei den Ausgaben für Soziales zwischen 1990 und 2003 von etwas mehr als 300 Prozent. Sie sehen, wir haben extrem dynamisch wachsende Aus

gabenbereiche wie den Spitalsbereich und den Sozialbereich und müssen sie bedienen zu Zeiten, wo auf der Einnahmenseite keine Veränderung nach oben zeigt.

Ein offenes Wort auch zu den Wohnbaumitteln. Der Vergleich der Rechnungsabschlüsse, Herr Kollege Kapeller, den Sie gebracht haben, der ist richtig, aber er muss interpretiert werden, denn die Budgets für die Wohnbauförderung haben sich in dem von Ihnen zitierten Jahr nur ganz, ganz geringfügig verändert. Warum haben wir denn solche Sprünge im Rechnungsabschluss? Weil die früheren Wohnbaureferenten Übertragungsmittel in großer Zahl angesammelt hatten und der letzte Wohnbaureferent, Kollege Haider, in den letzten drei Jahren, das ist sein gutes Recht, die ganzen Ü-Mittel hinaus gegeben hat. Die Ü-Mittel sind jetzt weg, das Budget ist nach wie vor in etwa gleich wie in der Vergangenheit, aber der Nettoauszahlungsbetrag, der sich im Rechnungsabschluss wiederfindet, ist natürlich deutlich geringer. Das hat nichts damit zu tun, dass die Wohnbauförderung abgewertet worden wäre, sondern das hat nur damit zu tun, dass zuerst sehr restriktiv ausgegeben wurde, Ü-Mittel angesammelt wurden und jetzt diese Übertragungsmittel ausgegeben sind.

Ich sehe keine Chance, keine Chance, dass das Land sich weiterhin aus eigenen Mitteln in Zeiten wie diesen bei der Wohnbauförderung spürbar beteiligt. Es wird unser aller Anstrengung sein, dass wir die Wohnbauförderung ungekürzt über den Finanzausgleich bringen. Das ist das Entscheidende, dafür werde ich kämpfen. Aber ich erinnere daran, dass ich mit dem Kollegen Haider ein Drei-Jahres-Programm vereinbart habe, was die Wohnbauförderung anlangt und dieses Programm meines Erachtens eingehalten werden soll, was aber nach den Besprechungen in dieser und nächster Woche mit Kollegen Kepplinger und Haider bevorsteht, hier die Lösung zu finden.

Ich werde daher, meine Damen und Herren, an Strukturmaßnahmen beim Budget nicht vorüberkommen. Da werden alle gefordert sein. Wir werden intelligent sparen müssen, so, dass wir den Arbeitsmarkt nicht beschädigen, so, dass wir kommende Budgets nur im vertretbaren Ausmaß vorbelasten, dass wir das Land nicht verschulden, aber trotzdem unsere investiven Aufgaben wahrnehmen können. Das bedeutet, Sparen im eigenen Apparat, Sparen bei den Betriebs- und Sachaufwänden, Sparen beim Personalaufwand. Das heißt, Überprüfen unserer Aufgaben in Form einer neuerlichen Aufgabenreform, und das heißt auch, Vorübergehen, Zurückgehen bei den Ermessensmitteln. Da wird kein Weg vorbeiführen. Ich werde schon im September rechtzeitig vor den Budgetberatungen der Regierung meine Vorschläge diesbezüglich übermitteln.

Trotz alledem, meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz des Erfordernisses eines intelligenten Sparens, trotz alledem wird das Land Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern eine exzellente Finanzsituation, verglichen mit den anderen, auch in Zukunft haben, denn wir debattieren hier herinnen über die Entnahme von Rücklagen, während in anderen Ländern über das Ausmaß der Neuverschuldung debattiert wird. Das muss einmal in aller Klarheit auch hier gesagt werden.

Hinsichtlich der Gemeindeförderung, Herr Kollege, kann ich Ihnen nur sagen, dass diese Rechnung natürlich weder vom Finanzministerium noch von uns akzeptiert wird, die hier aufgestellt wird, weil gemeinsame Aufgaben wie das Soziale, die Sozialhilfeumlage zum Beispiel einfach als Leistung der Gemeinden dotiert wird, das ist aber eine gemeinsame Aufgabe, die Gemeinden haben eine Grundaufgabe im Sozialen, daher kann man nicht die gesamte Umlage einfach in den Transfer hineinrechnen. Das ist nicht möglich.

Ich halte mich da an die jährlich vom WIFO veröffentlichte Statistik der Gemeindeförderung. Und der zufolge ist das Land Oberösterreich das zweitbeste Bundesland in der Gemeindeförderung, und zwar mit deutlichem Abstand vor Platz drei und vier. Wir werden unsere Gemeinden auch in Zukunft nicht im Stich lassen, die haben eine ganz wichtige Funktion, aber wir müssen mit realistischen Schritten in der Gesamthaushaltsgestaltung in den nächsten Jahren vorgehen.

Und die letzte Frage, Herr Kollege, dass wir noch Mittel aus der Kat-Förderung, also aus der Katastrophenförderung den Gemeinden schuldig sind, stimmt am heutigen Tag nicht mehr. Es ist der Rechnungsabschluss 2003, das war auch nicht die Schuld des Landes, sondern diese Bauvorhaben mit den Gemeinden waren zu diesem Zeitpunkt beim Herrn Kollegen Ackerl und Stockinger im Gemeinderessort noch nicht abgerechnet. Daher konnten die Mittel vor dem 31. Dezember 2003 nicht angewiesen werden, sondern erst in den letzten Monaten. Es ist aber gesetzlich eine 50:50-Tragung vorgesehen. Daher kommen schon auf Grund des Gesetzes die Gemeinden zu ihren Mitteln.

Ganz im Gegenteil, ich möchte das einmal sagen. Diskutieren Sie bitte mit Gemeinden in Salzburg und in Niederösterreich, wie dort die Gemeinden gestellt wurden bei der Sanierung der Hochwasserschäden, wie viel Eigenanteil dort die Gemeinden aufbringen mussten und wie großzügig und fair wir in Oberösterreich beim Hochwasser auch mit den oberösterreichischen Gemeinden umgegangen sind. Ich habe höchste Anerkennung auch von sozialdemokratischen Bürgermeister in unserem Bundesland im Bezug auf das Hochwasser immer wieder gehört und erhalten. Ich möchte das schon hier im hohen Hause auch einmal sagen. So, wie wir die Gemeinden schadlos gehalten haben weitgehendst beim Wiederaufbau nach dem Hochwasser, so ist das in keinem anderen Bundesland dieser Republik passiert.

Hohes Haus, es liegt ein Rechnungsabschluss für 2003 vor, der wiederum unseren finanzpolitischen Grundsätzen entspricht, mit dem wir, glaube ich, mit gutem Gewissen sagen können, dass wir künftige Generationen nicht belasten und dass wir sehr sparsam und vernünftig mit dem Geld umgegangen sind, dass wir aber mit dem eingesetzten Geld viel Lebensqualität und Wohlstand für Oberösterreich geschaffen haben. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wechselrede, lasse abstimmen, getrennt über beide Beilagen. Zuerst stimmen wir die Beilage 247/2004 ab. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag dieser Beilage zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Wir stimmen ab über die Beilage 248/2004. Wenn Sie für diesen Antrag stimmen, bitte ich Sie wieder um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen. Danke.

Wir behandeln die Beilage 249/2004, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2003. Der Herr Abgeordnete Georg Ecker ist gebeten darüber zu berichten.

Abg. **Ecker:** Geschätzte Präsidentin, hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2003. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 249/2004.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der hohe Landtag möge beschließen: Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2003, dessen Wortlaut sich aus der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 7. Juni 2004 (Beilage 226/2004 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode) ergibt, wird zur Kenntnis genommen.

**Erste Präsidentin:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Peutlberger-Naderer das Wort.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen und Kolleginnen! Der Grüne Bericht steht auf der Tagesordnung, und als sozialdemokratische Landwirtschaftssprecherin befaße ich mich regelmäßig mit den Anliegen und Sorgen der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die Erstellung des Grünen Berichtes ist professioneller denn je. Allerdings möchte ich auf Inhalte eingehen und was wir eben als verantwortliche Politiker daraus ableiten müssen. Die Fördergelder werden in der Höhe und der Verteilung mehr und mehr hinterfragt. Das Landwirtschaftsbudget nimmt immerhin einen ansehnlichen Anteil am Gesamtlandesbudget ein und es sind viele Förderungen an EU und Bund gekoppelt.

2003 wurden in Oberösterreich an Prämien und Ausgleichszahlungen 302,67 Millionen Euro, davon für ÖPUL 115,64 Millionen Euro ausbezahlt. Im Mittelpunkt der Kritik des derzeitigen Systems stehen dabei immer wieder die Bevorzugung von Großbetrieben auf Kosten der Kleinbetriebe und Bergbauern und der dort arbeitenden Menschen sowie die von tausenden Bauern heftig kritisierte Milchquotenregelung. Der SPÖ geht es dabei um grundlegende Reformen, damit die vorhandenen Mittel gerechter verteilt und auch ökonomisch sowie ökologisch sinnvoller verwendet werden können. Gerade bei der Milch sind diese überschüssigen Milchquoten ausschließlich an expandierende Produktionsbetriebe gegangen und die kleinen Milchproduzenten haben durch die Finger geschaut. Also bei diesem System gibt es große Unzufriedenheit, weil ja auch Steuerzahler und Konsument auf der Strecke bleiben. Der Wettbewerb wird ausgeschaltet, die Qualität sinkt und dann gibt es einen rückläufigen Anteil an Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben, der zu verzeichnen ist.

Die gesamte Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, auch in der Europäischen Union ist weiter in Veränderung begriffen. Was durchaus wächst ist die volkswirtschaftliche Wertschätzung des ländlichen Raumes. Davon bin ich überzeugt. Veränderungen der Agrarstruktur und die ländliche Entwicklung haben im Land Oberösterreich einen hohen Stellenwert und auch der Rechnungshof hat sich in seiner Prüfung mit den oberösterreichischen Landwirtschaftsschulen beschäftigt.

Da möchte ich einen aktuellen Beitrag dazu leisten, weil die Kritik da drinnen ist schon erstaunlich. Da wurde heftig Kritik geübt zum Beispiel, dass je Fachrichtung nur zwischen fünf und 59 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Fachschüler eine abgeschlossene land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildung haben. Also entweder müssen hier mehr Möglichkeiten und stärkere Anreize geschaffen werden, um die Ausbildung abzuschließen oder, und das ist der Punkt, glaube ich, es ist eine Integration in das gewerbliche Berufsschulwesen notwendig. Der Rechnungshof hat jährliche Einsparungspotenziale von rund 200.000 Euro je Fachschule festgestellt alleine durch die Nutzung der dort vorhandenen Spezialwerkstätten. Also die vom Rechnungshof ermittelten Fakten, mit denen muss man sich und besonders der zuständige Referent auseinandersetzen und wahrscheinlich auch den Weg zu gemeinsam verwalteten Berufs- und Fachschulen ebnen.

Bei der Bereisung der landwirtschaftlichen Fachschulen im Frühsommer war wirklich sehr interessant, konnten wir dieses große Engagement in den 19 landwirtschaftlichen Fachschulen sehen und uns überzeugen. Wahrscheinlich könnte dann hier auch ein großer Nutzen für die gewerblichen und technischen Berufsschulen abgeleitet werden eben als Bildungsdrehscheiben im ländlichen Raum, wie sie im Grünen Bericht auch bezeichnet werden.

Ich möchte mich auch zu einem der erwähnten Sonderberichte des Oberösterreichischen Grünen Berichtes äußern, der mir auch sehr gut gefallen hat, das Genussland Oberösterreich. Da muss man schon feststellen, dass die Ernährungsgewohnheiten der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher bunter werden. Sie haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt, und auch das Einkaufsverhalten der Lebensmittelkonsumenten ist von einem durchaus Nebeneinander geprägt, von Bioprodukten, Fast-Food-Produkten, Feinschmeckertum, von Diskontprodukten und auch exklusiven Waren. Daraus kann man ein Qualitäts- und Österreich-Bewusstsein durchaus ableiten. Die österreichischen Qualitätsprodukte stehen bei den heimischen Konsumenten hoch im Kurs.

Und was die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ausgeben, wurde laut Konsumerhebung 2000 mit zirka 500 Euro pro Monat und Haushalt für die Ernährung festgestellt. Die Verbraucherausgaben in den privaten Haushalten wurden nach Konsum ohne Getränken, nach Getränken und Außer-Haus-Verzehr statistisch erfasst. Dazu muss man sagen, dass gerade der Außer-Haus-Verzehr im Steigen begriffen ist, und auch der Trend zur Gesundheit muss wahr genommen werden und in die Überlegungen der Landwirtschaft einbezogen werden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass unser Land gerade herausragend ist in den Statistiken, in den statistischen Vergleichen der Europäischen Union mit dem Anteil der Biobetriebe. Wenn man wirklich die klein strukturierte Landwirtschaft besser fördern will, wenn man den kleineren Betrieben mehr Chancen geben will, dann muss man hier bestens unterstützen, dann muss man gerade den Biobetrieben hier besondere Unterstützungen und Zukunftschancen geben.

Abschließend möchte ich natürlich auch den bäuerlichen Familienbetrieben im Land für die wunderschöne Kulturlandschaft danken. Dem Oberösterreichischen Grünen Bericht 2003 werden wir die Zustimmung geben. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ecker.

Abg. **Ecker:** Geschätzte Präsidentin, meine Damen und Herren! Der sogenannte Grüne Bericht, der jedes Jahr aus den Ergebnissen der freiwilligen buchführenden Betriebe erstellt wird, weist heuer auch wieder einen Einkommensverlust in der Landwirtschaft aus. Leider beträgt der Einkommensverlust heuer 3,5 Prozent. Dieser Verlust ist zurückzuführen auf die Dürre des vergangenen Jahres mit den Ertragsverlusten, das Rekordtief im Schweinebereich und die angespannte Situation am Milchsektor. Kein Bauer kann auf Dauer mit einem Minus beim Einkommen leben.

Oberösterreich ist das führende Agrarland. In Oberösterreich stehen ein Drittel der Schweine bzw. es wird ein Drittel der erzeugten Milch in Oberösterreich geliefert und ein Fünftel des österreichischen Getreides wird in Oberösterreich erzeugt. Über 48.000 hauptberufliche Beschäftigte arbeiten auf 30.000 Betrieben. Damit ist die oberösterreichische Landwirtschaft auch ein wichtiger Arbeit- und Auftraggeber. Das Land unterstützt uns Rinderbauern mit 3,5 Millionen Euro bei den notwendigen Futterzukaufen in Folge der Trockenheit, die notwendig

waren. Für diese Unterstützungsaktion möchte ich mich auch im Namen aller Rinderbauern beim Land recht herzlich bedanken.

Unser Land Oberösterreich hat die Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft in den letzten Jahren ausgebaut und verbessert. An den Taten zeigt sich die Einstellung der einzelnen Parteien zu der Landwirtschaft. Mit Sorge verfolge ich natürlich die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft. Kurzfristig ist diese nicht dramatisch, aber doch gravierend ist der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in Oberösterreich. Im Durchschnitt werden in jeder Gemeinde zwei Betriebe, meistens kleinere Betriebe, pro Jahr aufgegeben. In den vergangenen neun Jahren waren es 8.014 Betriebe. Überwiegend geschah das in der Generationsfolge. Eine Strukturentwicklung ist unausweichlich. Aber eine flächendeckende Landwirtschaft muss im Interesse unser aller sein. Vor allem in Grünland- und Berggebieten sind den Größen der Betriebe Grenzen gesetzt. Die Zahl der Vollerwerbsbetriebe blieb praktisch unverändert. Aber die bewirtschaftete Fläche je Betrieb erhöhte sich.

Die Landwirte werden immer professioneller und bauen auch die Erwerbskombinationen aus, wie die Direktvermarktung der landwirtschaftlichen Produkte, Urlaub am Bauernhof, überbetriebliche Zusammenarbeit und die Arbeit im Maschinenringservice. Deshalb ist es auch weiterhin unbedingt notwendig, dass diese Fachausbildung auch in den landwirtschaftlichen Fachschulen in Oberösterreich bestehen bleibt. Denn die Landwirtschaftsschulen in Oberösterreich haben in der Vergangenheit ausgezeichnete Landwirtinnen und Landwirte geschult und ausgebildet. Und deshalb ist es ausdrücklich auch mein Wunsch, dass diese Landwirtschaftsschulen auch die Professionalität in Zukunft genau in dieser Weise ausführen wie in der Vergangenheit. Denn eine Zusammenlegung von Landwirtschaftsschulen mit anderen Schulen ist nicht sinnvoll, weil die Landwirtschaft nach wie vor ein eigener Bereich ist und in den landwirtschaftlichen Schulen wird die Ausbildung immer mehr angenommen und es werden immer mehr Schüler dort aufgenommen und auch ausgebildet. Es ist sogar soweit, dass einzelne Schüler in den Landwirtschaftsschulen abgewiesen werden, weil die Kapazität in den Landwirtschaftsschulen in Oberösterreich zur Zeit nicht ausreicht.

Die bestehende Pensionsreform und die Sanierung der Krankenversicherung muss im Zusammenhang mit der Einkommenssituation gesehen werden. Die Probleme im bäuerlichen Sozialsystem sind hauptsächlich durch den Strukturwandel bedingt. Es darf aber auch nicht so sein, dass wir in Österreich Produktionsarten verbieten, wie die Käfighaltung, aber die Eier aus der Käfighaltung von anderen Ländern bei uns weiter gekauft werden. Ich appelliere an unsere Konsumenten österreichische Lebensmittel zu kaufen, denn das ist aus meiner Sicht der beste Beitrag zur Erhaltung unserer Landwirtschaft. Man kann Lebensmittel importieren, aber die Pflege der Landschaft nicht. Die gibt es nur, wenn Bäuerinnen und Bauern Wiesen mähen und Felder bestellen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Werte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich auch als Erstes bei der Agrar- und Forstrechts-Abteilung des Landes bedanken für diesen umfassenden Grünen Bericht, der durch sehr viele Einzeldaten präzisiert ist.

Wie mein Vorredner Kollege Ecker schon betont hat, zählen die Bauern beim Einkommensvergleich zu den Verlierern und Verliererinnen. Ihr Einkommen ist wieder gesunken und Nebenerwerbsbetriebe nehmen zu. Auch im Hinblick auf kleinstrukturierte ländliche Betriebsformen ist die Entwicklung eher etwas bedenklich. Bei der Milchwirtschaft haben 770 Bauern aufgegeben und es konzentriert sich immer mehr auf einzelne Großlieferanten. 15.144 Liefere

ranten liefern 55 Tonnen Milch, aber nur an eine einzige Molkerei. Hier möchte ich schon auch das noch einmal verstärken, was die Kollegin Peutlberger-Naderer vorhin schon erwähnt hat, dass die Aufteilung dieser nationalen Milchquotenregelung sicher diese Tendenz noch verstärkt hat, wo eben da wirklich die kleinen Milchbauern zu den Verlierern und Verliererinnen gezählt haben.

Positiv zu bemerken sind Bemühungen, im Biomilchsektor einen eigenen Verarbeitungsbetrieb aufzubauen. Das ist sicher eine ganz, ganz wichtige Aufgabe, die vor uns steht.

Eine ähnliche Entwicklung in der Betriebsstruktur, wie es sie bei den Milchbauern gibt, ist aber auch bei den Schweinemastbetrieben zu verzeichnen. Auch hier ist die Zahl der schweinehaltenden Betriebe zurückgegangen.

Eine große Herausforderung für uns wird auch sein, das neue Bundestierschutzgesetz umzusetzen. Derzeit werden noch 500.000 Hennen, von insgesamt zirka einer Million, in Batteriehaltung gezüchtet. Es wird eine Herausforderung, ohne ein Höfeschließungsprogramm, diese Hennen dann in Zukunft wirklich in einer artgerechten Tierhaltung zu halten.

Ich habe mir auch den Bericht zur Wald- und Wildsituation angeschaut. Hier trat 1994 die Abschussplanverordnung in Kraft. Anhand von Vergleichsflächen wird hier die Verbissbelastung beurteilt und der Wildbiss ist ein aussagekräftiger Gradmesser für die Veränderung laut Grünem Bericht. Und der Grüne Bericht stellt hier leider wieder eine Verschlechterung der Situation fest. 60 Prozent der beurteilten Jagdgebiete haben zu hohe oder nicht tragbare Bissbelastungen. Mischbaumarten können ohne Schutz kaum aufkommen. Hier denke ich ist doch auch die Dimension des wirtschaftlichen Schadens eine relativ große. Zäune und Aufforstungsmaßnahmen werden doch durch öffentliche Gelder finanziert. Ich appelliere hier an alle Beteiligten um eine konstruktive Zusammenarbeit, dass es zu einer Überarbeitung und zu einer Umsetzung von Abschussplänen kommt, die diese Situation in Zukunft verbessern, im Sinne unserer Landesfinanzen.

Ein Zukunftsmarkt, den ich sehr positiv hervorheben möchte, ist die Entwicklung der Bioenergie. Biomassebetriebe haben zugenommen. Es gibt derzeit 165 Biomassefernwärmeanlagen, die in Zusammenarbeit mit bäuerlichen Betreibergemeinschaften erneuerbare Energien liefern. 60 weitere Anlagen sind noch in Planung. Im Sinne unserer Umwelt, im Sinne von weniger CO<sub>2</sub> Ausstoß, eine sehr, sehr positive Entwicklung.

Positiv möchte ich auch noch hervorheben den hohen Bioanteil an Lebensmitteln in unseren landwirtschaftlichen Fachschulen. Hier denke ich könnte der Anteil an Biolebensmitteln noch mehr erhöht werden. Aber das ist eben jetzt auch schon sehr, sehr positiv.

Ja wir werden den Grünen Bericht auch annehmen und ich möchte auch noch einen Wunsch für den Grünen Bericht 2004 hier äußern, und zwar ich wünsche mir noch eine genauere Darstellung der Weiterentwicklung des Biolandbaues. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Herr Klubobmann Mag. Steinkellner bitte.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorerst herzlichen Glückwunsch zum neuen Erscheinungsbild des Grünen Berichtes und auch die Zahlen, die dort widerspiegelt werden, stellen das Bild in der Landwirtschaft dar.

Problematischer wird es, wenn man dann die politischen Debatten sich anhört und den Umgang mit dem Thema. Ich zitiere: Ein Rekordtief am Schweinemarkt und sinkende Milchpreise führten insgesamt zu einer negativen Einkommensentwicklung. Die Entscheidung über die Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik hat genauso verunsichert wie die Debatte um das bundeseinheitliche Tierschutzgesetz. Mein dringender Appell geht, aus Anlass der Vorlage dieses Grünen Berichtes, in Richtung aller Verantwortungsträger, der Landwirtschaft jetzt endlich eine Phase stabiler Rahmenbedingungen ohne neue Reformbelastungen einzuräumen.

Ich würde mir erwarten, dass das ein Bauernvertreter von draußen sagt und das den Politikern zuruft. Problematisch wird es dann, wenn der politische Verantwortungsträger das offensichtlich den Bauernvertretern zurückruft, weil es sein Appell an die Verantwortungsträger ist, jetzt doch endlich etwas für die Bauern zu tun. Mein Vorredner, der Kollege Ecker, hat eingeleitet, dass auch heuer wieder erhebliche Einkommensverluste zu verzeichnen waren. So jetzt sitzen wir alle hier im Oberösterreichischen Landtag, haben die Verantwortung für die Agrarpolitik und bejammern uns gegenseitig, dass die Ziele, die auch hier in der Agrarpolitik definiert wurden, durch die Agrarpolitik und die Verantwortlichen, die ja hier herinnen sitzen, nicht erreicht wurden. Wie gehen wir damit um?

Da gibt es einen EU-Agrarkommissar, offensichtlich ist er gemeint, dass er eine andere Politik machen sollte. Oder ist der Landwirtschaftsminister in Wien gemeint, der hier als Verantwortungsträger versagt und keine Verbesserung bewirkt? Oder ist es die Landwirtschaftskammer, die hier keine Maßnahmen setzt und eine Verbesserung bewirkt? Oder sind es vielleicht auch hier wir, die Verantwortlichen, die keine Verbesserung erreichen?

Und wenn wir eine Abstimmung über einen Bericht und über diese Zahlen uns genauer anschauen, dann sollte man ja zuerst das Ziel der Politik sich in Erinnerung rufen. Ziel der Agrarpolitik ist ein angemessenes Einkommen für die auf Bauernhöfen wirtschaftenden Familien zu gewährleisten. Ich glaube dieses Ziel ist von allen Fraktionen anerkannt. Nach Studien des Berichtes, wenn man sich das jetzt wirklich genau anschaut und die Zahlen liegen ja vor, weiß man wie die Einkommensentwicklung tatsächlich für die Bauern aussieht.

Man kann zu dem Ergebnis kommen, dass die von der Politik, von den Verantwortlichen selbst definierten Ziele nicht erfüllt wurden. Wir verzeichnen in Oberösterreich etwa eine jährliche Zunahme der Erwerbspersonen, ausgenommen bleibt die Land- und Forstwirtschaft, wo alleine im Jahr 2001 auf 2002 fast 5.000 Erwerbspersonen weniger tätig sind. Wenn jetzt gleichzeitig die Vollerwerbsbetriebe abnehmen und das Durchschnittseinkommen reduziert wird, dann sollten hier herinnen doch wirklich die Alarmglocken sehr laut zu klingeln beginnen. Denn wenn immer weniger Bauern dann auf größeren Flächen möglicherweise rationeller und effizienter produzieren aber gleichzeitig immer noch Einkommensnachteile erwirtschaften, dann ist das Ziel, selbst definiert durch den Oberösterreichischen Landtag, nicht erreicht. Wenn eine Umfrage ergibt, dass beinahe 50 Prozent der Vollerwerbsbetriebe keinen gesicherten Nachfolger in der Land- und Forstwirtschaft haben, dann ist das Ziel nicht erreicht.

Und was ich mir hier wünschen würde wäre eine echte Diskussion über Konzepte. Wie weit können wir uns noch bewegen? Welchen Spielraum haben wir gegenwärtig? Wo ist vielleicht auch der Spielraum in Richtung Europäischer Union nachzujustieren, um das Ziel, das wir uns gemeinsam gesteckt haben, zu erreichen? Aber solange die Nichterfüllung der Ziele in den eigenen Berichten formuliert wird und die politisch Verantwortlichen dieses Hauses zu



anderen Verantwortungsträgern rufen, werden wir Freiheitlichen diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Brunner.

Abg. **Brunner:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Grüne Bericht ist auch heuer wieder ein sehr umfassendes Nachschlagewerk über und für die Landwirtschaft geworden. Ich sage an dieser Stelle allen Verfassern ein herzliches Danke für diesen Bericht.

Ich möchte heute hier Stellung nehmen zu verfassten Sonderberichten. Es gab im Vorjahr eine Agrarbefragung zur Investitionsförderung, zur Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe in Oberösterreich und zum Bildungsstand der bäuerlichen Bevölkerung. Aus dieser Befragung ergibt sich, dass auch die Bäuerinnen und die Bauern trotz der veränderten Rahmenbedingungen, Neuorientierung GAP-Reform, auch in Zukunft bereit sind, ihre Betriebe weiterzuentwickeln und auszubauen.

Einen ganz, ganz besonderen Einfluss auf die Investitionsbereitschaft unserer Bauern und Bäuerinnen hat die Ausbildung der Betriebsführerinnen und Betriebsführer. Und darum ist es auch in Zukunft notwendig, dass wir bestausgebildete Bäuerinnen und Bauern auf unseren Betrieben haben und Schulen auch weiterhin fördern müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Bildungspolitik für den ländlichen Raum auch weiterhin ausbauen müssen.

Auch die Bereitschaft der Betriebe zu investieren, in die Zukunft zu investieren, ist aus dieser Befragung ganz deutlich erkennbar. Und da brauchen wir auch in Zukunft die Investitionsförderung, die unsere Bauern und Bäuerinnen dabei unterstützt.

Der zweite Sonderbericht ist unter dem Titel Genussland Oberösterreich nachzulesen. Auch meine Vorrednerinnen haben schon darauf hingewiesen. Es ist eine Tatsache, dass Oberösterreich das führende Agrarland in allen Betriebssparten hier in Österreich ist. Nummer eins bei Milch, Rindern und Schweinen und Nummer zwei beim Getreideanbau. Unsere Bäuerinnen und Bauern erzeugen hochwertigste Lebensmittel, auf die wir alle stolz sein können. Anhand dieser Studie sieht man in diesem Bericht die aktuellen Trends der Ernährungsgewohnheiten, das Einkaufsverhalten, die Einkaufsquellen und das Ernährungsverhalten der Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen.

Eines steht fest, das Bild wird immer vielfältiger. Der Oberösterreicher ist ein sowohl als auch Esser. Fast food und Bioprodukte, Convenienceprodukte und Feinschmeckermenüs stehen heute in keinem Widerspruch. Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, dass man am Vormittag zum Würstelstand geht und am Nachmittag in einem exklusiven Feinschmeckerrestaurant essen geht. Diese geänderten Lebensgewohnheiten und ein gestiegenes Gesundheitsbewusstsein beeinflussen die Wahl der Lebensmittel und das Einkaufsverhalten sehr nachhaltig. Ich gebe zu bedenken, wir haben die Zeiten der Single-Haushalte, die immer mehr werden, es gibt kleinere Familienstrukturen und wir haben eine höhere Frauenerwerbsquote. Und da bleiben eben die Öfen in vielen Haushalten mittags oft auch kalt. Und dadurch steigt natürlich auch der Außerhausverzehr. Es sind einfach die Zeiten vorbei wo es heißt, was auf den Tisch kommt wird gegessen.

Der Oberösterreicher ist beim Einkauf von Milch und Brot ein Patriot, Gott sei Dank ist es so. Österreichische Qualitätsprodukte stehen hoch im Kurs. Und eingekauft wird zu 20 Prozent

im Fachhandel oder bei Direktvermarktern und zu 80 Prozent im Lebensmittelhandel. Und ich glaube aber auch schon, dass das auch die Aufgabe des Handels ist, dass auch diese oberösterreichischen Qualitätsprodukte mit den hohen Standards, auf die wir alle stolz sind, auch in ihren Geschäften zu finden sind. Und wenn ich da konkret an den Beschluss des Bundestierschutzgesetzes denke, kann das Verbot für die Käfighaltung nicht nur für die Betriebe gelten, es muss auch aus den Sortimenten in den Geschäften verschwinden und auch verboten werden, wenn wir auch dieses Tierschutzgesetz ernst nehmen.

Es wird sehr viel in diesen Bereichen Ernährungsbewusstsein getan. Es gibt viele Angebote von Seiten der Landwirtschaftskammer. Ich denke ganz konkret an die Seminarbäuerinnen, die es seit zehn Jahren hier in Oberösterreich gibt, die ein sehr praxisorientiertes Kursangebot zum Kochenlernen und Produktwissen anbieten. Projekt Bauernhof und Schule, das übrigens vom Land sehr, sehr wesentlich unterstützt wird und ein sehr erfolgreiches Projekt ist, ist ein solches Angebot für Kinder und Jugendliche, wo sie lernen, wie bäuerliche Produkte schmecken, wie einfach es ist, sich bewusst zu ernähren und woher die Lebensmittel kommen. Es gibt in den verschiedensten Erwachsenenrichtungen auch private Angebote und diese nutzen bereits den Trend des Kochenlernens. Ich glaube, für die Zukunft wird es für unsere heimische Lebensmittelproduktion wichtig sein, dass der Brückenschlag zum Konsumenten auf Grund dieser Veränderungen im Einkaufs- und Ernährungsverhalten noch besser gelingt als bisher. Und wir müssen ganz, ganz speziell auf den Außer-Haus-Verzehr reagieren, in dem wir für Großküchen und Gemeinschaftsverpflegung Anreize schaffen, dass sie in ihrer Menügestaltung zur bewussten Ernährung beitragen.

Wir müssen in der Produktion noch mehr auf Qualität setzen und wir brauchen Kooperationen mit Handelspartnern. Nur so glaube ich können wir unsere bäuerlichen Familienbetriebe für die Zukunft absichern. Und es gibt bereits schon das Netzwerk Ernährung, das ist eine Initiative von unserem Herrn Landesrat Dr. Josef Stockinger zur Bündelung aller Aktivitäten im Land Oberösterreich, wo Produzenten, Verarbeiter, Vermarkter, Wirte, das Land Oberösterreich, die Schulen und die Landwirtschaftskammer beisammensitzen und den richtigen Weg aufzeigen. Ziel dabei ist, das Ernährungsbewusstsein und das Einkaufsverhalten nachhaltig zu steigern. Und ich bin mir sicher, das ist der richtige Weg, auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren und auch die Einkommen von unseren Betrieben wieder zu steigern. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Herr Abgeordneter Hingsamer bitte.

**Abg. Hingsamer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Der Grüne Bericht ist in der umfassenden Form ein Zahlenwerk, der auch die Herausforderung Landwirtschaft dokumentiert und aufzeigt, welchen Weg, ja welche Schicksale bäuerliche Betriebe gehen und gegangen sind und verdeutlicht, was es heißt, dass die Landwirtschaft auch in einem Netzwerk produziert und auch wir als politisch Verantwortliche diesem Netzwerk verpflichtet sind. So ist das Land Oberösterreich immer bereit, dort begleitend zu helfen, wo Hilfen angebracht sind. Dieser Bericht verdeutlicht aber, dass es in Zeiten sich verändernder Märkte immer schwieriger wird, Einkommen zu erwirtschaften, und verdeutlicht auch, dass die Einkommen im Jahr 2003 ein Minus aufweisen und eigentlich in der Entwicklung seit dem Jahr 2001 wir mit einem Minus von zirka zehn Prozent zu leben haben. Und das in einer Zeit, wo die Lebensmittelproduktion so umfangreich und umfassend ist wie nie zuvor, in einer Zeit, wo aber nur mehr wenige Handelsketten Lebensmittel an den Markt, in dem vier Ketten 83 Prozent der Lebensmittel letztendlich besetzen im Regal und lösen damit einen enormen Preisdruck auf den Produzenten, aber auch auf den Verarbeiter aus. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn die oberösterreichische Landwirtschaft in der Weiterentwicklung Hilfen braucht, dann auch in der Form, dass das Land Oberösterreich mithelfen muss, dass diese Landwirtschaft sich nicht nur eigenständig positionieren kann, sondern auch selbstbewusst sich weiterentwickeln kann. In der Frage der Gentechnikfreiheit gehen wir einen ehrgeizigen Weg, in der Frage der nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft unterstützen wir und sind wir bereit, diesen Weg zu gehen, in der Frage Biolandbau haben wir uns auch ehrgeizige Ziele Richtung Steigerung gesetzt. Ja und die ehrgeizigsten Ziele haben wir uns im Bereich der Steigerung des Anteils an nachwachsenden Rohstoffen, an nachwachsender Energie gesetzt und sind gut in der Umsetzung. Ein Großkraftwerk Timelkam, 20 Biogasanlagen und vieles mehr werden in der Lage sein, auch die Landwirtschaft verstärkt teilhaben zu lassen am Energiemarkt, am Rohstoffmarkt und ich bin froh darüber, dass dies gelingt. Was wir aber verstärkt brauchen, ist die Frage der Markterschließung unserer Produkte zu einigermaßen korrekten Preisen und was wir brauchen, ist, die Anliegen der Bauern, die Anliegen der Landwirtschaft letztendlich dem Konsumenten auch so zu vermitteln, dass er sie auch versteht und begreift und in der Gesamtheit verstehen kann.

Wir brauchen dabei durchaus klare Regelungen in der Kontrolle, in der Verarbeitung, aber auch in der Nachvollziehbarkeit der Produkte. Wir brauchen eine Beseitigung des Kontrollschungels und wir haben daran zu arbeiten, dass sich die Landwirtschaft in einem eingebetteten Gesamtbild bereit erklärt, nicht nur nachhaltig zu produzieren, sondern auch im Einklang mit dem Naturschutz, auch mit dem Verständnis der Natur auseinander zu setzen, auch in einer Frage des vorbeugenden Grundwasserschutzes auseinander zu setzen. Zu diesen Dingen waren wir immer bereit. Und wenn der österreichische Agrarbereich 650.000 Menschen Beschäftigung gibt, 155.000 davon direkt in der Landwirtschaft, aber alle anderen im vor- und nachgelagerten Bereich, dann bemerken wir doch, dass diese 20 Prozent Erwerbstätigen lediglich 14 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften und das verdeutlicht auch, dass in diesem Bereich nicht die großen Einkommen, aber auch nicht die großen Gewinne zu erwirtschaften sind. Wer sich diesen Grünen Bericht etwas genauer ansieht, merkt auch, dass die Zahl der Vollerwerbsbetriebe nahezu stagniert oder nur sehr leicht abnimmt und dass wir die große Abnahme in der Zahl der Nebenerwerbsbetriebe haben. Wer sich den Grünen Bericht auch genauer ansieht, merkt, dass wir die größere Zahl an Betriebsabnahmen von der Gesamtzahl her eher in den Gunstlagen haben und weniger oder sehr wenige Abnahmen in den benachteiligten Gebieten. Das verdeutlicht aber auch, dass Hilfen ankommen, dass die Hilfen im Bereich der benachteiligten Gebiete oder spezielle Umweltprogramme auf diesem Gebiet der Steifflächenförderungen und vielem mehr doch Wirkung zeigen und dass auch unsere Arbeit nicht ganz umsonst ist und gelegentlich greift.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im Jahr 2004 vieles zu bewältigen. Die Umsetzung der GAP-Reform, die Harmonisierung im Bereich der Sozialversicherung mit dem speziellen Problem der Krankenversicherung in den bäuerlichen Häusern und Betrieben, die Frage des Tierschutzes, die heute schon so oft erwähnt wurde, die wir auch nur dann bewerkstelligen und bewältigen können, wenn sie im Einklang mit dem Konsumenten geht. Nur dann wird es gelingen, dass wir nicht Wertschöpfung, dass wir nicht durch einen überzogenen und sehr harten Tierschutz bei uns, dass wir damit auch nicht Wertschöpfung ins Ausland verlagern. Die Käfighaltung ist mehrfach erwähnt. Sie ist keine noble Form der Tierhaltung. Ich bin auch froh darüber, dass sie ein Ende findet, keine Frage. Aber wer den Eiermarkt genauer betrachtet, merkt, dass wir in etwa 40 Prozent des Eiermarktes im Bereich des Konsumeis haben, aber 60 Prozent im Bereich des Industrieeis haben. Wer das genauer betrachtet, merkt, dass wir im Konsumeis zwei Drittel in etwa derzeit schon aus der Boden

haltung haben und ein Drittel aus Käfigen. Dort werden wir den Konsumenten bewegen können. Was aber notwendig ist, dass wir auch im Bereich Industrie- und Bewegung hineinbringen, Kennzeichnung hineinbringen, nur dann wird es gelingen, dass wir diesen Markt nicht freiwillig vielleicht in den asiatischen Raum abgeben und dorthin transferieren.

Es steht also vieles am Spiel. Die agrarpolitische Antwort muss sein, dass Oberösterreich einen vernünftigen Weg beschritten hat, dass dieser oberösterreichische Weg weiterentwickelt werden muss und dass dieser oberösterreichische Weg letztendlich zu unterstützen und zu garantieren hat, dass Herkunft und Vielfalt auch in Zukunft Bestand in der Produktion hat. Wir haben uns aber auch als Landwirtschaft noch mehr mit einem nachgelagerten, mit dem nachgelagerten Bereich in der Verarbeitung und Vermarktung auseinander zu setzen und zu beschäftigen. Das muss auch ein Schwerpunkt in unseren Bildungseinrichtungen und Bildungshäusern sein und wir müssen es schaffen, das Bewusstsein in die Bevölkerung zu tragen, dass höchste Qualität zum billigsten Preis nur kurzfristig gewährt werden kann, aber nicht auf Dauer möglich sein wird. Und wenn wir schon mit einer Globalisierung der Märkte leben müssen und die Globalisierung der Märkte Realität ist, dann würden wir uns auch wünschen, dass auch möglichst bald eine Globalisierung der Solidarität stattfindet, der Solidarität mit den Produzierenden, aber auch mit denen, die verarbeiten und vermarkten und letztendlich das Produkt zum Verbraucher bringen, was auf unseren Höfen und Ställen wächst.

So bedanke ich mich am Schluss bei der Agrarabteilung für diesen wirklich hervorragenden Bericht, der in wirklich hervorragender Qualität immer erstellt wird, bedanke mich aber bei der Agrarabteilung noch mehr dafür, dass sie uns im Bereich der Förderung, im Bereich der Vermarktung, im Bereich der Verwaltung, aber auch in der Gesamtheit unserer Bemühungen ständig unterstützen und dass die Agrarabteilung damit ständig auf der Seite von uns Bauern steht. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Letzter Redner ist Herr Landesrat Dr. Stockinger.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die sehr konstruktiven und anregenden und wichtigen Diskussionsbeiträge danke ich. Danken möchte ich auch der Abteilung für die Erstellung des Berichts und allen, die mitgeholfen haben, die fundierten Zahlen zusammenzutragen, vor allem auch im Bereich der Sonderberichte, Perspektiven aufzustellen, das ist wichtig. Und dass er im neuen Kleid erscheint, ist glaube ich auch für die Lesbarkeit besonders im Grafikteil interessant. Was ist heute Landwirtschaft und die Verantwortung für Land- und Forstwirtschaft? Bei Gott nicht mehr eine politische Einbahnstraße, sondern, und der Kollege Hingsamer hat es gesagt, Agrarpolitik ist heute eingebettet in einem Netzwerk, in einem Netzwerk von zum Teil widerstreitenden Kräften und Widersprüchen.

Und ich wäre entweder ziemlich dumm oder sehr präpotent, wenn ich als Agrarreferent eines Bundeslandes und einer Region mich hier herausstellen würde oder zu den Bauern treten würde und, und das hat ja der Kollege Steinkellner ein wenig von mir gefordert, den Leuten vormachen würde, dass eine Person oder eine politische Institution in der heutigen Zeit die Agrarpolitik so gestalten könne, dass sie Garantien dafür übernimmt, dass kein Hof zusperren muss oder dass sich die Dinge nicht verändern. Wer das von sich behauptet, dass er dieser Wunderwuzzi ist, der ist entweder ein Lügner oder er ist ein Dummkopf, denn beides geht nicht. Wahr ist vielmehr, und dessen müssen wir uns als politische Verantwortungsträger bewusst sein, dass Agrarpolitik heute eingebettet ist in einem Umfeld von internationalen Rahmenbedingungen, Stichwort WTO und ihre Liberalisierungstendenzen, von widerstrei-

tenden Interessen am Lebensmittelmarkt, da ist das Urprodukt, der Rohstoff und dort sind die großen rivalisierenden Handelsketten mit ihren Preisschlachten, Agrarpolitik eingebettet ist in die Frage, was hat der Konsument für Wünsche und Forderungen? Und wir sehen in diesem Sonderbericht, dass der Konsument auch widersprüchlich wie in allen Bereichen geworden ist. Unter der Woche bleibt der Herd in immer mehr Familien kalt. Unter der Woche ernährt man sich schnell und oft auch billig, um am Wochenende mit großem Genuss und großer Freude zu kochen und Tischgemeinschaft zu zelebrieren.

Unsere Welt wird widersprüchlicher und daher wird auch die Agrarpolitik und alles, was an Lösungsansätzen zu finden ist, widersprüchlicher, auch von den Rahmenbedingungen, auch von der öffentlichen Meinung. Eine Meldung über verdorbenes Fleisch kann den Bauern wochenlang den Markt und die Suppe ordentlich und damit auch das Einkommen versalzen. Ob unbedacht oder bedacht, das sind die Fakten. Es heißt, Agrarpolitik steht heute auch im Spannungsfeld der öffentlichen Meinung, der Diskussion, der Wünsche der Konsumenten und ich habe ganz klar hier herinnen auch beim Budgetlandtag gesagt, dass mein Ansatz ist, beides zu verbinden: Anwalt der Bauern zu sein, in dem Sinn, dass man gute Agrarpolitik auch in dem Auftrag macht, den wir uns alle gegeben haben, nämlich zu schauen, dass wir auch für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, ihre Bevölkerung und die Menschen, die dort arbeiten, wirtschaften und von ihrer Hände Arbeit dort leben müssen, und es sind 60.000 Arbeitskräfte in diesem Land, dass wir dort solide Grundbedingungen schaffen und eine fairere Mitentwicklung im Einkommenswettbewerb und in der Einkommensentwicklung auch der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung und ihren Familien, den bäuerlichen Familien geben.

Aber auf der anderen Seite kann Agrarpolitik nichts sein, was sich von Konsumenteninteressen abkoppelt, denn dann führt sie in die Sackgasse. Und wenn wir nicht beachten, was rund um uns läuft, dann wäre das ein schlechtes agrarpolitisches Rezept. Und auch hier geht es darum, und das ist mein Wunsch, uns aus einem Einheitsbrei, einem agrarpolitischen, abzuheben und uns positiv zu profilieren mit unseren Qualitäten, die wir haben, mit dem Anspruch, sauberstes Agrarland Europas zu sein. Hohe Teilnahme am ÖPUL, Gentechnikfreiheit, kleine Struktur, hohe Qualität in der Produktion, all das müssen wir auch am Markt umsetzen können. Und ein wenig sind da, man mag Wein mögen oder nicht, die österreichischen Weinbauern mein Vorbild, die aus einer sehr schwierigen Situation heraus auch mit der Qualitätsorientierung, anfangs verlacht, aber auch international auf den Märkten reüssiert haben.

Das heißt, meine erste Bitte bei Vorlage dieses Grünen Berichts ist schlicht und einfach die, zu sehen, dass Agrarpolitik in einem Netzwerk verschiedener Kräfte stattfindet und dass die Zukunft der Bauern eingebettet in einem Kräfteparallelogramm verschiedenster Interessen ist. Und es geht darum, diesen fairen Interessensausgleich zu finden und deswegen bin ich auch für die Wortmeldungen heute sehr, sehr dankbar, weil über Parteigrenzen hinweg das angeklungen ist, dass es unser gemeinsames Bemühen sein soll, diesen fairen Interessensausgleich zum Wohle der Bauern auch zu finden.

Es ist tatsächlich so, wie heute zitiert worden ist, für mich ist dieser Grüne Bericht mit seinen negativen Einkommenszahlen für das Jahr 2003, und 2002 hatten wir auch ein Minus vorn, auch Anlass zu sagen, bitte es braucht jetzt in der österreichischen Landwirtschaft eine Phase der Stabilität. Lassen wir doch den Bauern jetzt einige Jahre Ruhe mit immer neuen Reformzumutungen. Lassen wir die Betriebe sich in Ruhe entwickeln und diese Chance der neuen Märkte nutzen. Denn wenn jedes Jahr sich die Spielregeln ändern, wenn jedes Jahr neue Herausforderungen kommen, ist es schwierig, langfristig zu planen, ist es auch schwie

rig, zu investieren und werden viele den Hut drauf hauen und sagen, ja bitte, wenn das so ist, wenn morgen das nicht mehr gilt, was gestern noch gegolten hat, dann sucht euch jemanden anderen, dann suche ich mir etwas anderes. Und das ist ja ein wenig die Gefahr. Es ist ja auch das Faktum, dass wir einen Strukturwandel, ob wir ihn wollen oder nicht, hinnehmen müssen, davon bin ich überzeugt. Es wäre dummlich zu glauben, es kann alles konserviert und erhalten werden. Es ändert sich die Technik, es ändert sich die Produktivität, es gibt Fortschritte und das bildet sich ab auch in den Strukturdaten. Denn wären wir noch in einer Agrargesellschaft wie 1945 oder 1955, dann würde jeder zweite Erwerbstätige in der Landwirtschaft arbeiten und dann kann sich jeder ausmalen, was das für eine Volkswirtschaft ist. Das heißt, der Wohlstand Österreichs und die Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist ja auch darauf aufgebaut worden, dass der Agrarsektor und die Beschäftigten im Agrarbereich weniger geworden sind, dass über Produktivität es gelungen ist, den Tisch des Landes reichlich zu decken aus einer Situation der Unterversorgung heraus, und dass die freien Arbeitskapazitäten in anderen Bereichen, im industriellen Bereich, eingesetzt worden sind, und dadurch Wohlstand entstanden ist. Denn wenn die Hälfte aller Erwerbstätigen noch im Agrarsektor beschäftigt wäre, woher soll dann das Geld volkswirtschaftlich kommen, um sich ein Auto zu kaufen, den zweiten Kühlschrank und den dritten Fernseher? Wohlstand beruht darauf, dass es eine Arbeitsteilung gibt und letztlich ist heute die Bauernschaft eine Minderheit, drei, vier Prozent einer Gesellschaft aber mit einer enormen Verantwortung für die Mehrheit der Bevölkerung. Und das ist mein Appell bei diesem Grünen Bericht, und so ist er gemeint.

Mein Appell an die gesamte Gemeinschaft, nicht zu vergessen, dass wir eine Strukturentwicklung, jawohl, selbstverständlich erleiden müssen in der Landwirtschaft, hinnehmen müssen. Dort und da ist sie auch vernünftig, denn es macht keinen Sinn jemanden zu zwingen zum Glück, wenn einer keinen Betrieb führen will, dann wird er keinen führen, wie einer, wenn er kein Wirt sein will, kein Wirt bleiben will. Wir sind in einer freieren Gesellschaft, und es gibt eine Wahlmöglichkeit und ein Wahlrecht. Aber, der dringende Appell ist, zu wissen, dass am Ende irgendwann der Strukturwandel seine Grenzen haben wird, und zwar nicht so sehr im Flachland, wo man über Technik und Mechanisierung und größere Betriebseinheiten selbstverständlich die Hektaranzahl pro Betrieb steigern kann, wie man sieht in unseren Nachbarländern. Das Ende der Fahnenstange der Strukturentwicklung kommt in den Berggebieten, kommt im Grünland, überall dort, wo eine Arbeitskraft trotz Technologisierung nicht mehr gewährleisten kann, dass ein halbes Dorf gemäht, ordentlich bewirtschaftet und die Felder ausgesät werden. Das heißt, es steht am Ende der Strukturentwicklung die flächendeckende Landbewirtschaftung am Spiel. Die uns aber wichtig ist, als Tourismusland, die uns wichtig ist als Land mit einer herrlichen Landschaft, die auch wichtig ist, ich sage einmal, im Investitionsbereich. Denn die Bauern alleine in Oberösterreich haben in diesem Jahr 2003 alleine in Bauten 216 Millionen Euro investiert, also, das ist mehr als jeder Industriebetrieb in diesem Jahr an großen Investitionen hinter sich gebracht hat. Wenn ein Industriebetrieb in diesem Jahr 100 Millionen investiert, jubeln alle, und sagen, super, nächste Ausbaustufe. Die Bauern tun still und leise pro Jahr allein in Gebäude und Bauinvestitionen mehr als 200 Millionen investieren. Völlig selbstverständlich, das verleitet mich auch dazu, zu sagen, die Landwirtschaft ist eigentlich der größte Betrieb in dem Land, mit einer Rieseninvestitionssumme, mit 50.000 Beschäftigten und 30.000 Filialen. Jeder Bauernhof ist eine Filiale dieses Betriebes Land- und Forstwirtschaft.

Ja, es geht also um diese flächendeckende Bewirtschaftung, das ist ein ernstes Thema, und da müssen wir vor allem dort, wo sie am Spiel steht, energisch entgegenarbeiten, und das tun wir auch agrarpolitisch im Land. Beispielsweise mit dem Grünlandprogramm, kein anderes Land tut das. Beispielsweise mit dem Milchzuschuss, wo wir auch positiv unterwegs sind.

Und ich weiß, über die Quotenaufteilerei, über die kann man, Gisela Naderer, lange diskutieren, das Verteilen ist immer schwieriger politisch als jemand etwas wegnehmen, interessanterweise. Auch ich war nicht glücklich über diese Entscheidungen, aber es geht letztlich um viel, viel mehr, es geht darum, dass wir Bedingungen schaffen, um in diesen schwierigeren Regionen flächendeckende Landwirtschaft weiter möglich zu machen. Da stehen wir vor einigen schwierigen Fragen in den nächsten Jahren. Etwa die Umsetzung der gemeinsamen Agrarreform der EU, der Entkoppelung. Und das sage ich schon sehr deutlich, das war nicht die Erfindung des Bauernbundes und der ÖVP, schon eher die Erfindung von Brüssel, und der Franz Fischler hat das zu unserem Missfallen propagiert. Drei der vier Fraktionen inklusive der FPÖ haben applaudiert und zugestimmt, haben gesagt, das ist eine tolle Geschichte. In Wirklichkeit erweist sie sich zunehmend als Bumerang, als Bumerang für die heimischen Bauern, mit vielen, vielen Detailproblemen, und mit einer Misstimmung, die dadurch ins Land getragen wurde, und einen unheimlichen Neid über die jetzt entkoppelten und auf die Betriebe fixierten Direktzahlungen, der den Neid und die Missgunst in die Bauerndörfer bringt. Denn niemand rechnet, was hat er früher gehabt, sondern jeder rechnet, was hätte ich haben können im Vergleich zu meinem Nachbarn. Und ich sage da in aller Klarheit dazu, das war nicht das österreichische, oberösterreichische Wunschprogramm, wir haben das bekämpft, wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, wenn in Europa eine Mehrheit gefallen ist, dann ist das zu akzeptieren und ist das umzusetzen. Insofern auch hier der Hinweis, Agrarpolitik ist eingebettet, nicht nur in nationale Entscheidungen, die ein Agrarlandesrat treffen kann, sondern selbstverständlich in ein internationales Geflecht.

Was steht uns in den nächsten Monaten bevor? Da ist die Umsetzung dieser Agrarreform. Da wird eine ganz unguete Frage auf uns zukommen, mit dem Auslauf der 10-jährigen Währungsregelung für die Bergbauern und benachteiligten Regionen, für diese Übergangsfälle, die im EU-Beitrittsvertrag drinnen stehen, und die schlicht und einfach auslaufen nächstes Jahr. Da werden wir zu diskutieren haben, wie wir diese Frage lösen. Da werden wir nächstes Jahr einen deutlichen Schwerpunkt setzen müssen im Bereich der Investitionsprogramme in der Landwirtschaft. Wir hätten das so und so geplant gehabt, denn es war klar, dass wir in Oberösterreich den Bauern auf freiwilliger Basis ein Umstiegsprogramm aus der Käfighaltung anbieten. Jetzt ist das Bundestierschutzgesetz beschlossen. Jetzt sind wir erst recht dort, wo es verpflichtet, der Ausstieg 2008, diesen Betrieben den Umstieg in alternative Haltungssysteme zu ermöglichen. Das heißt, wer A sagt, muss auch B sagen. In Wirklichkeit kommt noch ein C dazu. Wer den Bauern sagt, es sind keine Käfige mehr möglich, und diese Form verbietet, muss mithelfen, dass die Betriebe umsteigen können. Und wer auf den Bauernhöfen das Käfigei verbietet, der muss konsequenterweise, wenn er sich ernst nimmt, auch im Ladenregal die selben Spielregeln gelten lassen. Und das ist ja ein wenig die Perversion unseres Denkens, auch unserer medialen Auseinandersetzung, und letztlich der Verbote des Bundestierschutzgesetzes, dass man im Bauernstall zwar Dinge verbietet, die selbstverständlich aber nicht am Ladentisch und im Konsumentenregal verboten sind. Über das müssen wir reden, und da weiß ich nicht, ob schöne Appelle der Agrarpolitik, oder aller, die jetzt ein wenig ein schlechtes Gewissen haben, ob die alleine nutzen. Ich würde mir wünschen, dass Handelsketten freiwillig vorausgehen und verzichten auf Käfigeier. Ich würde mir wünschen, dass dieses Österreichbewusstsein bei der Lebensqualität von den Handelsketten, von den Konsumenten eingefordert wird, denn ein wenig ist natürlich dieser Tage die Gefahr, so nach dem Motto, nun ja, wo anders ist es billiger, zwing österreichische Qualität raus, und irgendeine andere anonyme Billigware rein. Und da sollten wir sehr, sehr sensibel sein, sehr, sehr aufpassen.

Und in dem Sinn möchte ich auch für die Agrarpolitik begleitend so etwas wie einen Konsumentenbeirat einrichten, wo wir sagen, Agrarpolitik, Bauern und Konsumenten gemeinsam

beobachten da die Entwicklungen, denn da geht es in den nächsten Jahren um sehr, sehr viel. Wir wissen, dass im Prinzip der österreichische Konsument ein hohes Qualitätsbewusstsein hat, und auch eine hohe Bindung an seine österreichischen Bauern hat, weil er weiß, was am Spiel steht, weil er weiß, dass auch mit jeder Einkaufsentscheidung auch ein Stück Gesicht Österreichs mit am Spiel steht. Denn wenn ich keine heimische Milch und keinen heimischen Käse kaufe, dann wird es halt auch keine Kühe mehr geben, die im Salzkammergut, oder wo immer auch weiden, sondern dann kaufe ich die Milch der Kühe, die mit Amazonasfutter in Holland oder in Süddeutschland gefüttert werden. Das ist der Punkt und das ist die Kurzfassung des Problems, um das es geht. Das wir hinausbringen wollen.

Und ich sage, auch im Grünen Bericht nachzulesen, manche Dinge sind doch so beschämend. Schauen Sie sich im Grünen Bericht an die Entwicklung der Getreidepreise in den letzten 10 Jahren, Sie werden sehen, minus 100 Prozent, minus 100 Prozent seit (Zwischenruf: „Minus 50 Prozent!“), also eine Halbierung. Minus 50 Prozent, eine Halbierung der Getreidepreise, heute 10 Cent. Was haben die Semmelpreise in der selben Zeit gemacht, plus 30 Prozent gestiegen. Das heißt, es gibt dort nicht einmal mehr eine Elastizität, das spielt überhaupt keinen Walzer mehr, was der Weizen kostet, weil der Semmelpreis tut sowieso, was er will. Insofern ja auch letztlich der tiefe Frust der Bauern, die sagen, wo bleibt da die letzte Gerechtigkeit? (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Was tust du dagegen?“) Was tue ich dagegen? Ich versuche mit, (Zwischenruf Abg. Präsidentin Eisenriegler: „Was machen eure Standesvertreter?“) mit Handelsketten zum Beispiel ins Gespräch zu kommen und zu sagen, muss das sein, dass man mit Lebensmitteln, mit Qualitätsprodukten, mit frischer Milch, sich Schleuderwettkämpfe führt, und damit heimische Qualität mit dem Image eines Schleuder- und Billigproduktes, das eh nichts wert ist, verbindet?

Was tue ich dagegen? Ich bitte auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beispielsweise beim Einkauf auf die Herkunft zu schauen. Es steht also letztlich das Offenhalten der Landschaft am Spiel, Sonderproblem Schutzwälder, das ist uns noch gar nicht bewusst. Wir haben 70.000 Hektar Schutzwälder im Land. 5.000 Hektar sind hoch sanierungsbedürftig, die Sanierung, die technische Sanierung eines Hektars Schutzwaldes kostet 220.000 Euro. Wenn es keine Forstbetriebe mehr gibt, die mangels Arbeitskapazität und Einkünften, Schutzwaldsanierungen sind hohe Kosten, aber kein Holzerlös, der noch gesunken ist, die Arbeit zu tun, dann werden da hohe Kosten in der Sanierung auf uns zukommen, um beispielsweise zu verhindern, dass die Salzkammergutstraßen, auch manche Gemeinden dort, nicht mehr vor Vermurungen, Geröll, Steinschlag und ähnliches durch den Wald geschützt werden. Ich möchte also schlicht und einfach nur bitten um diese Zusammenschau der Dinge, die letztlich in Summe Agrarpolitik ausmacht. Mein Ziel ist, gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern und mit Ihnen dafür zu sorgen, dass Oberösterreich eine Landwirtschaft hat, die professionell unterwegs ist, und da müssen wir uns vergleichen mit den Mitbewerbern, und darum brauchen wir auch gute Schulen.

Und Stichwort Schulen, im Rechnungshofbericht, da bin ich sehr stolz natürlich, Kollegin Naderer, steht drinnen, dass man überlegen soll Zusammenführungen des gewerblichen Berufsschulwesens und des landwirtschaftlichen. Und das tun wir auch, Ritzlhof, die grüne Schule der grünen Berufe ist so ein Beispiel. Aber im Rechnungshofbericht steht auch drinnen, dass Oberösterreichs landwirtschaftliches Schulwesen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, die Ausgaben je Schüler waren in Oberösterreich deutlich geringer als in allen anderen Bundesländern. In diesem Bericht steht auch drinnen, dass die Landwirtschaftsschulen deswegen so attraktiv sind, und viele statt ins Poly in die Landwirtschaftsschule gehen, weil wir eine größere Praxisnähe der Ausbildung und eine Abstimmung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft aufweisen. Und letztlich steht auch drinnen, dass wir eine



fachlich hochwertige Ausbildung der Schüler garantieren. Und das ist wichtig, um Profis in der nächsten Generation auf den Höfen zu haben. Und diese Profis sollen profiliert Landwirtschaft machen im Sinne einer Qualitätsstrategie und im Sinne einer Konsumentenorientierung. Der Grüne Bericht 2003 ist ein Meilenstein, ein kleiner Schritt aber insgesamt nur in diese Richtung, und ich hoffe vor allem, dass die Sonderberichte dieses Grünen Berichts, vor allem auch der Hinweis auf die veränderten Ernährungsgewohnheiten, dieses Aufeinanderzugehen von Bauern und Konsumenten möglich machen und unterstützen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Es gibt keine weitere Wortmeldung, ich schließe damit die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 249/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig, Entschuldigung, habe ich da etwas übersehen? Mit Stimmenmehrheit, Entschuldigung, angenommen wurde.

Wir kommen zu den Beilagen 252/2004 und 253/2004, dies sind die Vorlagen der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Oberösterreichische Schulzeitgesetznovelle 2004 und die Änderung des Oberösterreichischen land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzes. Diese beiden Anträge stehen in einem sachlichen Zusammenhang und ich lasse eine gemeinsame Wechselrede durchführen, die Abstimmung wird nach Beilagennummern getrennt erfolgen. Ich bitte Herrn Landesrat Dr. Stockinger über die Beilagen, Entschuldigung, der Herr Landeshauptmann ist in der Zwischenzeit gekommen, ich bitte sehr, darüber zu berichten.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2004). Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt Ihnen ein Antrag vor betreffend das Oö. Schulzeitgesetz 1976. Die Ursache der Notwendigkeit der Novellierung ist allen bekannt, hängt mit der Schaffung eines zweiten Landespatrons zusammen. Mit den Elternvereinen, Schülervereinen, Landesschulrat und Lehrervereinen wurde die Gesetzesnovelle vorberaten und Übereinstimmung erzielt mit Ausnahme der freiheitlichen Fraktion in der Vorberatung. Der Antrag liegt Ihnen schriftlich vor, was das Oö. Schulzeitgesetz anlangt, und ich bitte Sie diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird. Hier handelt es sich um die selbe Materie, inhaltsgleich, sodass ich Sie ebenfalls um Zustimmung bitte.

Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004. Dieser Nachtrag beschäftigt sich ausschließlich mit Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Landes und seiner Infrastruktur nach dem großen Hochwasser erforderlich sind. Es handelt sich um die Positionen Liegenschaften des Landes, Wiederaufbau von Straßen und anderen Landeseinrichtungen, vor allem auch um die Aussiedlerhilfe und um Schutzwasserbaumaßnahmen. Wir haben die Mittel für die Hochwassermaßnahmen immer in Nachträgen fixiert, sie sind nämlich nicht der Maastrichtquote zuzurechnen, und damit ist eine klare Trennung zwischen Haushalt und Extraordinarium gegeben. Außerdem haben wir innerhalb der Parteien beim ersten Nachtrag für das Hochwasser unter allen vier Parteien Einigung erzielt, dass die Mittel ausschließlich, soweit Landesmittel erforderlich sind, aus den Rücklagen genommen werden. Der entsprechende Nachtragsvoranschlag liegt Ihnen vor, und ich bitte

Sie, diesem Nachtrag die Zustimmung zu geben. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Nachtrag bis ins Jahr 2006 entsprechende Mittel für diese Bereiche gesichert sind. Es handelt sich also um eine Maßnahme, die über das Kalenderjahr hinausreichen wird. Ich ersuche Sie daher auch in diesem Fall um Ihre Zustimmung.

**Zweite Präsidentin:** Ich bedanke mich. Ich eröffne die gemeinsame Wechselrede über die beiden Beilagennummern 252/2004 und 253/2004. Ich sehe, es ist niemand zu Wort gemeldet, ich schließe diese Wechselrede und lasse getrennt abstimmen. Wer einverstanden ist mit dem Antrag zur Beilage 252/2004, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Ich lasse abstimmen über die Beilagennummer 253/2004. Wer mit dem Antrag zu dieser Beilage einverstanden ist, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Diese ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir behandeln die Beilage 255/2004, es ist dies die Beilage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend einen Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2004. Die Berichterstattung ist bereits im Vorhinein erfolgt durch den Herrn Landeshauptmann, und ich darf darüber die Wechselrede eröffnen. Es ist ebenfalls niemand zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 255/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen zur Beilage 265/2004, es ist dies ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2004). Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Frais über diese Beilage zu berichten.

**Abg. Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Initiativantrag betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird. (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2004.) (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 265/2004.)

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landesabgabenordnung 1996 geändert wird (Oö. Landesabgabenordnungs-Novelle 2004) beschließen.

**Zweite Präsidentin:** Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede, ich sehe niemanden zu Wort gemeldet, ich schließe diese und komme zur Abstimmung, ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 265/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass im Verlauf der heutigen Sitzung noch Anträge eingelangt sind. Es sind dies: Die Beilage 270/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine Änderung der Statute für die Städte Linz, Wels und Steyr. Die Beilage 272/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Ab

geordneten betreffend die Medienförderung in Oberösterreich. Die Beilage 273/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend Vergabestandards bei Eigenwerbung des Landes Oberösterreich. Diese drei genannten Beilagen werden dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 266/2004, das ist ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oberösterreichische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 geändert wird (Oö. Jugendwohlfahrtsgesetz-Novelle 2004-Oö. JWG-Novelle 2004). Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 276/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend den Erhalt des Ortsbilds. Diese Beilage wird dem Bauausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 277/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Modernisierung der Linzer Lokalbahn. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 267/2004, das ist ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Absicherung des Sozialstaats und des Solidaritätsprinzips. Die Beilage 274/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Planung und Durchführung eines Gedenkweges anlässlich des 60. Jahrestages der Vertreibung von Deutschen aus Böhmen, Mähren und dem Sudetenland. Diese beiden Beilagen werden dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 275/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine Änderung der Landtagsgeschäftsordnung. Diese Beilage wird dem Geschäftsordnungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 268/2004, das ist ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Anhebung der Altersgrenze für Talentförderungsprämien bei Nachweis von Kindererziehungszeiten. Diese Beilage wird dem Kulturausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 271/2004, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Prüfung der Auswirkungen von Landesgesetzen auf Wirtschaft und Bürger. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Petitionen und Rechtsbereinigungen zur Vorberatung zugewiesen. Somit ist die heutige Tagesordnung erschöpft und ich darf die Sitzung schließen.

(Ende der Sitzung: 12.43 Uhr)